

Arbeitslosigkeit, Apathie und Protestpotential

Zu den Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1980*

Hans Rattinger

Lehrstuhl für Politikwissenschaft II, Universität Bamberg

1. Einführung

Im Winter 1982/1983 überstieg die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik die Grenze von zwei Millionen und erreichte damit wieder den Stand der ersten Hälfte der fünfziger Jahre. Während aber in der Frühphase des neuen deutschen Staates der Beschäftigungsmangel ziemlich rasch abgebaut und von Vollbeschäftigung – ja sogar Überbeschäftigung – abgelöst wurde, scheint gegenwärtig eine schnelle Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht in Sicht zu sein. Seit nunmehr acht Jahren stieg die Anzahl der gemeldeten Arbeitslosen in jedem Winter deutlich über die Millionengrenze, und die meisten Experten befürchten, daß die bedrückenden Daten dieses Winters noch nicht den Höchststand markieren, daß wir in den kommenden Jahren eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage erleben werden. Zwanzig Jahre lang trat Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik fast ausschließlich als „friktionelles“ Problem auf, als kurzfristige Übergangsphase zwischen Beschäftigungsverhältnissen. Inzwischen ist viele Monate währende Dauerarbeitslosigkeit typisch geworden – und zwar nicht nur bei ungelernten Hilfsarbeitern, sondern auch bei Facharbeitern, Handwerkern, Angestellten, Akademikern, Frauen und Jugendlichen. Ein beträchtlicher Anteil der Erwerbstätigen hat in den letzten Jahren mehr oder weniger langdauernde persönliche Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit gemacht.

Durch diese Entwicklung ist Arbeitslosigkeit selbstredend zu einem Problem praktischer Politik geworden, aber auch zu einem Forschungsfeld der Wissenschaft. Ursachenforschung, beschäftigungspolitische Optionen und die Stabilität des Sicherungssystems stehen im Vordergrund der auf der Makroebene ansetzenden Wissenschaft, der Ökonomie. Daneben ist Arbeitslosigkeit in der Tradition der klassi-

* Diese Arbeit entstand im Rahmen des von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsprojektes „Auswirkungen von sozialem Wandel, Wertwandel und ökonomischen Krisenfaktoren auf das politische System der Bundesrepublik Deutschland“ des Arnold-Bergsträsser-Instituts in Freiburg im Breisgau.

schen Studie von Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel¹ auch ein Untersuchungsgegenstand von Soziologie und Psychologie auf der Ebene von Individuen und Gruppen². Welche Personengruppen fallen ihr am ehesten zum Opfer und welche Folgen hat sie für die sozialen Bezüge der Betroffenen? Gibt es bestimmte Persönlichkeitstypen, welche die Wahrscheinlichkeit der Erwerbslosigkeit beeinflussen? Welche psychischen oder medizinischen Belastungen bewirkt der tatsächliche oder als bedrohlich empfundene Arbeitsplatzverlust?

Arbeitslosigkeit stellt schließlich ein Forschungsobjekt der politischen Wissenschaft dar. Daß sie heutzutage im Bewußtsein der Bevölkerung als wichtiges Problem eingestuft und die Lösung des Problems dem Aufgabenbereich des Staates zugerechnet wird, steht außer Frage. Deshalb existiert gewissermaßen ein Regelkreis: Das ökonomische System unterliegt einerseits politischen Eingriffen und Steuerungsimpulsen und produziert andererseits die Arbeitsmarktsituation als eine seiner zentralen Kenngrößen. Diese wiederum beeinflußt aufgrund der eindeutigen Zuordnung von Verantwortung Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung gegenüber dem politischen System, die seine Handlungsspielräume und letztlich auch seine Überlebensfähigkeit eingrenzen. Es braucht kaum betont werden, daß diese möglichen Konsequenzen der Beschäftigungssituation für den politischen Einstellungs- und Verhaltensbereich keineswegs auf die Arbeitslosen selbst beschränkt sein müssen.

Wie diese Folgen inhaltlich aussehen und was sie für das politische System konkret bedeuten, ist die Kernfrage politikwissenschaftlicher Forschung zur Arbeitslosigkeit. Sie ist eingebettet in die umfassendere Frage nach den politischen Auswirkungen ökonomischer Strukturen, Konjunkturen und Krisen. Daß solche Auswirkungen bestehen oder unter bestimmten Umständen zumindest bestehen können, wird kaum je bestritten, wohl aber begegnet man verschiedenen impliziten oder expliziten Hypothesen über die Form dieser Zusammenhänge. An anderer Stelle habe ich unterschieden zwischen den zwei Haupttypen einer „Anti-Regierungs-Hypothese“ und einer „Klientelenhypothese“³.

Diese Unterscheidung gilt indes nur, solange die Schwankungen der ökonomischen Variablen gewissermaßen in einer „normalen“ Bandbreite verbleiben und politische Einstellungs- und Verhaltensänderungen vorwiegend im Rahmen der etablierten politischen Muster bewirken. Wird aus Konjunktur-Krise, so beansprucht eine „Radikalisierung“ oder „Anti-System-Hypothese“ Gültigkeit, die Entfremdung von den gewohnten Problemlösungen und Eliten vorhersagt. Das Versinken der Weimarer Republik im Strudel der Weltwirtschaftskrise, die plötzlichen Erfolge der NPD bei den Wahlen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und – in umgekehrter

1 Maria Jahoda/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel, *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Leipzig: Hirzel 1933.

2 Siehe Thomas Kutsch/Günter Wiswede (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit I*, Königstein: Hain 1978; dies. (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit II*, Königstein: Hain 1978; Ali Wacker (Hrsg.), *Vom Schock zum Fatalismus?*, Frankfurt a. M. Campus 1978.

3 Hans Rattinger/Walter Puschner, Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 22. Jg. 1981, H. 3, S. 264–286.

Richtung – der Verfall radikaler Splitterparteien im Verlauf des westdeutschen Wirtschaftswunders werden als Belege angeführt. Kurz: Ökonomische Veränderungen – und darunter auch solche der Beschäftigungslage – werden als ein Komplex möglicher Erklärungen für immanente Machtverschiebungen und/oder für umwälzende politische Systemkrisen aufgefaßt⁴.

Die empirischen Ergebnisse über die politischen Auswirkungen der Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik sind noch nicht sehr umfangreich. Es liegen jeweils einige Untersuchungen auf der Individual- und der Aggregatenebene vor. Aggregatstudien wurden in Form von Zeitreihenanalysen der Regierungspopularität⁵, reinen Querschnittanalysen der Wahlergebnisse auf Wahlkreisebene⁶ und kombinierten Längs- und Querschnittanalysen für die Bundesländer⁷ durchgeführt. Diesen Arbeiten ist die Schlußfolgerung gemeinsam, daß sich in der Tat politische Konsequenzen der Beschäftigungslage in der Bundesrepublik festmachen lassen, daß aber verschiedene Dimensionen der Arbeitslosigkeit voneinander getrennt werden müssen und ein einfacher Effekt zuungunsten der jeweiligen Regierungsparteien entsprechend der simplen Hypothese der ökonomischen Theorie der Politik nicht nachgewiesen werden kann.

Die vorliegenden Befunde aus Umfragedaten ergeben keine einheitliche Unterstützung der Aggregatdatenanalysen. Einerseits berichtet Jung⁸ aus einer Wiederholungsbefragung mit drei Wellen zwischen 1973 und 1976 über signifikante Auswirkungen von Veränderungen der arbeitsmarktpolitischen Problemlösungskompetenz auf Wahlabsichten, andererseits aber konnten für die Bundestagswahl 1976 in Aggregatdaten ermittelte Zusammenhänge auf der Individualebene nicht reproduziert werden⁹. Roth wich von Jungs Erkenntnissen insofern ab, als er Einstellungen zur Arbeitslosigkeit von persönlicher Betroffenheit abhob und Folgen für das politische Verhalten nur für die letztere konstatierte:

„Arbeitslosigkeit als allgemeines Issue betrachtet hat keinen erkennbaren Einfluß auf stabiles oder sich veränderndes Wahlverhalten. Die Haltungen der Befragten zu dem Problem, ihre Kompetenzzuweisung für die Lösung des Problems an die Parteien und ihre Schuldzuordnung für die Existenz des Problems an die Parteien, das alles kann als Korrelat der Parteinähe angesehen werden. Ein Eigengewicht des Issues auf die Wahlentscheidung ist nicht feststellbar. Wird Arbeits-

4 Werner Kaltefleiter, *Wirtschaft und Politik in Deutschland*, Köln: Westdeutscher Verlag 1966.

5 Siehe Gebhard Kirchgässner, *Rationales Wählerverhalten und optimales Regierungsverhalten*, Konstanz: Universität Konstanz, Diss. 1976; ders., Wirtschaftslage und Wählerverhalten, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 510–536.

6 Siehe Hans Rattinger, Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1976, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 20. Jg. 1979, H. 1, S. 51–70.

7 Siehe Hans Rattinger, *Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot 1980.

8 Vgl. Helmut Jung, Ökonomische Einstellungen und das Wahlverhalten auf dem Hintergrund sozialstruktureller Variablen, in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.), *Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot 1978, S. 391–464.

9 Vgl. Hans Rattinger, Unemployment and the 1976 Election in Germany, in: Douglas Hibbs/Heino Fassbender (Hrsg.), *Contemporary Political Economy*, Amsterdam: North-Holland 1981, S. 121–135.

losigkeit dagegen als sozialstrukturelles Element verstanden und die tatsächliche Betroffenheit erfaßt, so wird ein Einfluß von Arbeitslosigkeit auf die Wahlentscheidung offenbar.¹⁰

Nach einer vergleichenden Auswertung von Umfragematerialien aus den Jahren 1953–1980 scheinen Roths an sich sehr plausible Resultate auf diesen einen Datensatz zur Bundestagswahl 1976 beschränkt zu sein; sie ließen sich zu keinem weiteren Zeitpunkt bestätigen¹¹.

Daß die Parteipräferenzen von Arbeitslosen sich von denjenigen von Erwerbstätigen kaum unterscheiden, beobachteten auch Pintar¹², Bahn Müller¹³ und Hentschel¹⁴ aufgrund von Befragungen unter Arbeitslosen. Ebenso wie Heinemann¹⁵ konstatierten diese drei Autoren, daß Desinteresse, Desorientierung und Apathie die politischen Einstellungen der Arbeitslosen kennzeichnen, Radikalisierungstendenzen jedoch kaum zu beobachten seien.

Dieser zugegebenermaßen äußerst cursorische Überblick über den Forschungsstand verdeutlicht zweierlei: Zum einen ist es bislang noch kaum gelungen, individual- und aggregatdatenorientierte Studien zu den politischen Folgen der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik sinnvoll aufeinander zu beziehen. Beide Forschungsströmungen existieren nebeneinander, obwohl doch die inkongruenten inhaltlichen Ergebnisse ein Erkenntnisproblem von großer Tragweite aufwerfen. Zum zweiten finden weit verbreitete und eigentlich sehr plausible Hypothesen über die Gefährdung von Regierungsmehrheiten durch gravierende Defizite staatlicher Wirtschaftssteuerung ebensowenig Entsprechung in den in Umfragestudien erhobenen Einstellungen der Arbeitslosen wie mehr oder weniger apokalyptische Visionen von sozialem Konfliktpotential und politischer Radikalisierung. Die Folgerung, hohe und lange Arbeitslosigkeit könne in der Bundesrepublik weder das Überleben bestimmter Regierungen noch des gesamten politischen Systems gefährden, sie sei mit ihren Konsequenzen auf die psycho-sozialen Belastungen für die betroffenen Individuen beschränkt, kann man dennoch für voreilig halten. Die Datenbasis der vorliegenden Untersuchungen stammt vorwiegend aus der Frühphase der gegenwärtigen Rezession. Ferner ist es keineswegs abwegig zu vermuten, daß politische Auswirkungen der Beschäftigungslage erst ab einer bestimmten Schärfe des Problems – Frey¹⁶ spricht hier von „Reaktionsschwellen“ – und mit einiger Zeitverzögerung einsetzen, wenn die Krise nicht mehr als vorübergehend verdrängt werden kann.

10 Dieter Roth, Ökonomische Situation und Wahlverhalten, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 547.

11 Vgl. Rattinger/Puschner, Ökonomie und Politik (Anm. 3).

12 Siehe Rüdiger Pintar, Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, in: Kutsch/Wiswede (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit II* (Anm. 2), S. 14–95.

13 Siehe Reinhard Bahn Müller, Arbeitslose als politisches Konfliktpotential?, in: Ali Wacker (Hrsg.), *Vom Schock zum Fatalismus?*, Frankfurt a. M.: Campus 1978, S. 107–133.

14 Siehe Ulrich Hentschel, Politische Einstellungen von Arbeitslosen, in: Ali Wacker (Hrsg.), *Vom Schock zum Fatalismus?*, Frankfurt a. M., Campus 1978, S. 92–106.

15 Siehe Klaus Heinemann/Peter Röhrig/Rolf Stadié, *Arbeitslose Frauen im Spannungsfeld von Erwerbstätigkeit und Hausfrauenrolle*, Bd. 1: *Analysen*, Melle: Knoth 1980.

16 Bruno S. Frey/Hermann Garbers, Der Einfluß wirtschaftlicher Variabler auf die Popularität der Regierung – eine empirische Analyse, in: *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik*, 186. Jg. 1972, S. 281–295.

Diese Überlegungen gaben den Ausschlag für die vorliegende Analyse der Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1980. Sie beginnt mit dem Versuch, für 1976 gefundene Zusammenhänge zwischen der Verteilung und Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Wahlkreisen und dem Wahlergebnis zu replizieren. Dabei ermittelte Zusammenhänge können auf spezifische politische Verhaltensweisen der Arbeitslosen, auf die Wirkung der Beschäftigungslage als Kontextmerkmal oder auf beides zurückzuführen sein; schließlich könnte es sich auch um Scheinzusammenhänge handeln. Im Vordergrund eines zweiten Untersuchungsschritts steht deshalb das Wahlverhalten der Arbeitslosen, das eingedenk der Diskrepanzen zwischen vorliegenden Aggregat- und Individualstudien mit Hilfe des Verfahrens der ökologischen Regression sowie mittels Umfragedaten aufgeklärt werden soll. Die beobachteten Unterschiede im Wahlverhalten von Arbeitslosen und anderen Wählergruppen werden dann daraufhin untersucht, inwiefern sie eigenständige Kausalbeziehungen zwischen persönlicher Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und politischem Verhalten reflektieren oder auf unterschiedliche Zusammensetzung der verschiedenen Gruppen nach sozialstrukturellen Merkmalen und Parteipräferenz zurückgehen. Dabei soll schließlich auch die Bedeutung der Arbeitsmarktlage als Kontextgröße geklärt werden. Hier geht es um die Frage, ob sich regionale Besonderheiten der Beschäftigungssituation auch jenseits der persönlichen Betroffenheit im politischen Verhalten niederschlagen.

Zum Schluß dieser Einführung seien die Beschränkungen des – immer noch recht komplexen – Untersuchungsplanes hervorgehoben: Arbeitslosigkeit wird hier nur als „objektives“ Aggregat- und Individualdatum auf ihre politischen Konsequenzen hin analysiert. Ausgeblendet bleiben Bewertungen, Wahrnehmungen und Einstellungen zu dem Problem und zu seiner Lösung, weil sie sich in der vorliegenden Literatur als wenig erklärungs wirksam erwiesen haben. Ausgeblendet bleiben im Bereich der zu erklärenden Variablen auch politische Einstellungen und Verhaltensweisen, die über Parteipräferenz und Wahlabsichten hinausgehen, also etwa politisches Interesse, Einstellungen zum politischen System, Partizipation oder Gefühl politischer Kompetenz. Im Gegensatz zur ersten Entscheidung ist hierfür nicht die Erwartung eines zu geringen Ertrages ausschlaggebend, sondern die Eigenart der verfügbaren Umfragedaten, die im folgenden zu erläutern sein wird.

2. Arbeitslosigkeit und Wahlergebnisse in den Wahlkreisen

2.1. Vorbemerkung

Im September 1980, im Monat vor der Bundestagswahl, waren in der Bundesrepublik rund 823 000 Personen arbeitslos gemeldet, also im Durchschnitt circa 3 300 je Wahlkreis. Im Mittel der Wahlkreise betrug die Arbeitslosenquote 3,7 Prozent bei einem Minimum von 1,3 Prozent und einem Maximum von 7,2 Prozent. Im Vergleich zum September 1979 war die Arbeitslosenquote im Mittel der Wahlkreise um 0,4 Prozentpunkte angestiegen; die Veränderungen schwankten zwischen minus

0,4 und plus 1,4 Prozent. Das Jahresmittel der Arbeitslosenquote von 1980 lag zwischen 1,4 Prozent und 8,3 Prozent bei einem Gesamtmittel von 4,1 Prozent. Vor der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen dieser Arbeitsmarktlage und den Ergebnissen der Bundestagswahl von 1980 in den einzelnen Wahlkreisen sind zwei Fragen zu beantworten: Erstens, welche theoretischen Dimensionen der Arbeitslosigkeit man durch die verfügbaren Daten in den Griff bekommen kann, und zweitens, im Rahmen welcher Modellspezifikation die politischen Korrelate der Beschäftigungssituation ermittelt werden sollen.

2.2. Dimensionen der Arbeitslosigkeit

In der Literatur hat sich die begriffliche Unterscheidung dreier Komponenten der Arbeitslosigkeit durchgesetzt: friktioneller, struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit¹⁷, wobei der Aspekt saisonaler Schwankungen als alle drei Komponenten überlagernd – aber prinzipiell bereinigbar – hier ausgeblendet bleiben kann. Während dieser Terminologie trotz aller Kritik¹⁸ ein gewisser heuristischer Wert und unmittelbare Relevanz für die Organisation von Arbeitsmarktpolitik nicht abgesprochen werden kann, wirft die empirische Trennung der drei Bestandteile große Probleme auf¹⁹, die hier nicht gelöst, sondern nur in ihren Konsequenzen für die vorliegende Untersuchung dargestellt werden können.

In den für die Wahlkreise bei der Bundestagswahl 1980 verfügbaren Sozialstrukturdatensatz wurden die Septemberwerte und die Jahresdurchschnitte der Arbeitslosenquote für die Jahre 1972 bis 1980 integriert²⁰. Diese Werte repräsentieren nun aber Wahlkreis für Wahlkreis nichts anderes als die Summe der genannten drei Komponenten der Arbeitslosigkeit. Lassen sich ihnen irgendwelche Erkenntnisse über die Stärke der verschiedenen Bestandteile entnehmen? Da keine Information über die Verteilung der Dauer der Arbeitslosigkeit zur Verfügung steht, läßt sich die friktionelle Arbeitslosigkeit nicht ermitteln. Diese Ausprägung der Arbeitslosigkeit ist aber für unseren Zweck am unwichtigsten, stellt sie doch lediglich kurzfristig anfallende Informationsbeschaffungs- und Anpassungskosten dar. Man könnte sich also damit begnügen, für sie einen über alle Wahlkreise hinweg konstanten Anteil an der Summe aus friktioneller und struktureller Arbeitslosigkeit anzunehmen.

17 Vgl. Hubert Krieger/Rüdiger Pintar, Strukturelle Arbeitslosigkeit, in: Kutsch/Wiswede (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit I*, Königstein: Hain 1978, S. 58–81.

18 Vgl. Günther Schmid, *Strukturierte Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik*, Königstein: Athenäum 1980.

19 Vgl. hierzu Heinz-Dieter Harges, Zur Problematik struktureller Arbeitslosigkeit, in: Bernhard Külp/Heinz-Dieter Haas (Hrsg.), *Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft*, Berlin: Duncker & Humblot 1977, S. 73–110; Helmut Maneval, Probleme der Erfassung struktureller Arbeitslosigkeit, in: ebd., S. 111–129; Ulrich Cramer, Strukturelle Arbeitslosigkeit, in: Kutsch/Wiswede (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit I* (Anm. 2), S. 15–57; Dieter Freiburghaus, *Dynamik der Arbeitslosigkeit*, Meisenheim: Hain 1978.

20 Der Aggregatdatensatz zur Bundestagswahl 1980 wurde mir freundlicherweise von meinem Freiburger Kollegen Gerd Mielke zur Auswertung überlassen. Für die Aufbereitung der darin eingebauten Arbeitsmarktstatistiken danke ich Herrn Zoltan Juhasz, Bamberg.

Auch diese Summe ist jedoch aus den Arbeitslosenquoten allein nicht ohne weiteres bestimmbar. Man müßte die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit zu einem Zeitpunkt kennen, in dem die Gesamtzahl der Arbeitslosen genau der Anzahl der offenen Stellen entspricht, es also keine konjunkturelle Arbeitslosigkeit gibt. Arbeitslosigkeit tritt unter diesen Bedingungen nur als vorübergehendes Anpassungsproblem sowie aufgrund der Inkongruenz von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt auf. Unter der Annahme eines festen (aber unbekannten) Anteils der friktionellen Arbeitslosigkeit könnte man also für einen solchen Zeitpunkt die strukturelle Arbeitslosigkeit einer beliebigen regionalen Einheit durch ihre gesamte Arbeitslosigkeit annähern. Einer solchen Näherung steht hier aber entgegen, daß dem Spätjahr 1980 sechs Jahre mehr oder weniger starker gesamtwirtschaftlicher Unternachfrage nach Arbeitskräften und deutlicher Abnahme der Anzahl der offenen Stellen vorausgingen. Damit ist dem Konzept nach die strukturelle Arbeitslosigkeit gegenüber unserem fiktiven Zeitpunkt des globalen Arbeitsmarktgleichgewichts zurückgegangen und zu einem beträchtlichen Teil durch konjunkturelle verdrängt worden.

Dennoch sagt die regionale Verteilung der strukturellen Arbeitslosigkeit zu jenem Zeitpunkt eine ganze Menge über diejenige des Wahljahres aus. Nehmen wir etwa anstatt des fiktiven Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt die Situation im Mittel des Jahres 1973. Die Gesamtzahl der offenen Stellen überstieg damals letztmals deutlich diejenige der Arbeitslosen; somit gab es nur friktionelle und strukturelle Arbeitslosigkeit. Die räumliche Verteilung der letzteren ist in der nachfolgenden Krise nicht umgekehrt worden, vielmehr bestehen enge Wechselbeziehungen zwischen Struktur- und Niveau Komponenten der regionalen Arbeitsmarktlage. Gegenden mit in Jahren der Vollbeschäftigung relativ hoher struktureller Erwerbslosigkeit weisen auch in der Rezession die höchste Gesamtarbeitslosigkeit auf, werden also von der wachstumsdefizitären Unternachfrage nach Arbeitskräften am härtesten getroffen.

Dies zeigt sich ganz deutlich, wenn man über alle 248 Wahlkreise hinweg die mittlere Arbeitslosenquote von 1973, die ja keinerlei konjunkturelle Komponente enthält, mit den Jahresmitteln von 1974 bis 1980 korreliert. Diese Korrelationen fallen monoton von 0,94 auf 0,79, was nichts anderes bedeutet, als daß die einzelnen Querschnitte der Arbeitslosenquote sehr eng miteinander zusammenhängen und allesamt in hohem Maß die regionale Verteilung der strukturellen Arbeitslosigkeit vor dem Konjunktureenbruch reflektieren. Für die empirische Analyse der politischen Korrelate der Arbeitslosigkeit folgt aus dem bisher Gesagten, daß es angesichts der soeben konstatierten hohen Multikollinearität nicht sinnvoll ist, mehr als einen Querschnitt der Gesamtarbeitslosigkeit in die Untersuchung der Zusammenhänge mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 1980 einzubeziehen, oder, anders ausgedrückt, daß jeder beliebige Querschnitt der Gesamtarbeitslosigkeit gewissermaßen einen Indikator für die selbst nicht exakt ermittelbare strukturelle Arbeitslosigkeit darstellt.

Trotzdem liegt es natürlich nahe, zur Messung der strukturellen Arbeitslosigkeit die von konjunkturellen Komponenten freie Arbeitslosenquote von 1973 zu verwen-

den. Wie kann man dann die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen? Hierzu bietet es sich an, die Arbeitslosenquote von 1973 von derjenigen des Wahljahres zu subtrahieren. Da mit der Abnahme der offenen Stellen von 1973 bis 1980 auch die strukturelle Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, kann es sich dabei nur um eine näherungsweise Operationalisierung handeln, die das Ausmaß der konjunkturellen Arbeitslosigkeit in den einzelnen Wahlkreisen etwas unterschätzt. Wenn jedoch die regionale Verteilung des strukturellen Bestandteils annähernd konstant geblieben ist, wofür die Multikollinearität der verschiedenen Querschnitte spricht, dann sollte es sich um eine sehr gute Näherung handeln. Bei dieser Zerlegung der Gesamtarbeitslosigkeit von 1980 ergibt sich eine strukturell bedingte mittlere Arbeitslosenquote von 1,3 Prozent mit einem Minimum von 0,3 Prozent und einem Maximum von 5,7 Prozent sowie eine konjunkturelle Komponente zwischen 0,9 Prozent und 5,4 Prozent mit einem Mittelwert von 2,8 Prozent.

Damit sind wir mit der Operationalisierung der Arbeitsmarktlage in den vorliegenden Daten jedoch noch nicht am Ende. Zusätzlich zur Trennung der konjunkturellen und strukturellen Bestandteile der gesamten Arbeitslosenquote läßt sich die *kurzfristige Veränderung* der konjunkturell bestimmten Arbeitslosenquote ermitteln, indem man die Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen September 1979 und September 1980 berechnet. Man kann davon ausgehen, daß über diesen kurzen Zeitraum die strukturelle Arbeitslosigkeit konstant geblieben ist, so daß tatsächlich nur die konjunkturell bedingte Veränderung der Arbeitslosigkeit im Jahr vor der Wahl gemessen wird. Diese Differenz weist immerhin Werte zwischen minus 0,4 Prozent und plus 1,4 Prozent auf; hinter der globalen Zunahme der Arbeitslosigkeit um 0,4 Prozent stehen also regional stark differenzierte Muster. Die Korrelationen zwischen den drei verschiedenen hier herausgearbeiteten Indikatoren der Arbeitsmarktlage (vgl. Tabelle 1) sind sämtlich positiv, aber recht niedrig; am höchsten korrelieren die Indikatoren struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit mit 0,35.

Diese Zerlegung der Arbeitsmarktlage bei der Bundestagswahl 1980 in drei weitgehend voneinander unabhängige Indikatoren wird durch eine Faktorenanalyse voll bestätigt, in welche die mittleren Arbeitslosenquoten von 1972 bis 1980 sowie sämtliche 36 Differenzen zwischen je zwei beliebigen Jahren einbezogen werden. Dabei werden drei orthogonale Faktoren extrahiert. Auf dem ersten laden vor allem die Arbeitslosenquoten der neun Zeitpunkte, auf dem zweiten laden besonders hoch die Veränderungen über längere Zeiträume, auf dem dritten Faktor laden vorwiegend Differenzen zwischen aufeinanderfolgenden Jahren.

2.3. Sozialstrukturelle Null-Modelle des Wahlergebnisses von 1980

Die Korrelationen zwischen diesen drei Dimensionen der Arbeitslosigkeit und den abhängigen Variablen, der Wahlbeteiligung und den Zweitstimmenanteilen bei der Bundestagswahl 1980, sind in Tabelle 1 wiedergegeben. Diese bivariaten Koeffizienten allein sind für weitere Interpretationen unbrauchbar, besteht doch der er-

Tabelle 1: Korrelationen zwischen drei Dimensionen der Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteilen bei der Bundestagswahl 1980 (N = 248)

	Veränderung der Arbeits- losenquote 1973–1980	Veränderung der Arbeits- losenquote September 1979– September 1980	Wahlbe- teiligung	Zweitstimmenanteile			
				CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Arbeitslosen- quote 1973	0,35	0,04	0,08	0,04	0,13	–0,47	–0,30
Veränderung der Arbeits- losenquote 1973–1980		0,16	0,18	–0,31	0,42	–0,15	–0,22
Veränderung der Arbeits- losenquote Sept. 1979– Sept. 1980			0,01	0,14	–0,14	–0,04	0,05
Wahlbe- teiligung				–0,10	0,16	–0,10	–0,30
CDU/CSU					–0,95	–0,52	–0,30
SPD						0,25	0,13
FDP							0,48

hebliche Verdacht, daß es sich größtenteils um durch kausal vorgeordnete Drittvariablen produzierte Scheinkorrelationen handeln könnte. Das Abschneiden der SPD kovariiert bekanntlich mit dem Arbeiteranteil im Wahlkreis; Arbeiter werden aber eher arbeitslos als Angestellte. Mithin ist zu erwarten, daß bei Kontrolle des Arbeiteranteils der positive Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und dem Stimmenanteil der SPD zurückgeht etc. Vor einer solchen Problematik steht man immer dann, wenn man den Erklärungsbeitrag von Variablen analysieren will, die einerseits nicht zu den zentralen Prädiktoren der zu erklärenden Erscheinungen gehören und andererseits in der Kausalkette selbst mehreren anderen wirkungsmächtigeren Prädiktoren nachgeordnet sind. Die übliche Lösung des Problems besteht darin, daß man zunächst diese gemeinsam vorgeordneten Variablen ihre Erklärungsleistung entfalten läßt und erst danach die Wirkung der fraglichen sekundären Prädiktoren in den noch unerklärten Varianzanteilen untersucht. Wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind, ist das eleganteste und zuverlässigste Verfahren hierfür die schrittweise Regression bzw. die Verwendung der Residuen einer er-

sten Stufe von Regressionsanalysen als abhängige und unabhängige Variablen in einer zweiten Stufe²¹.

Welche Prädiktoren des Wahlergebnisses sind in einem ersten Analyseschritt zu kontrollieren? Diese Frage muß von der Theorie und von der Datenlage her beantwortet werden. Ökonomische Struktur, Urbanisierung, soziale Schichtung, Konfession und formale Bildung gehören zu denjenigen Variablen, die einerseits zweifellos Wahlverhalten unabhängig von der Arbeitsmarktlage beeinflussen und deshalb auf der Aggregatebene als Korrelate der Stimmenverteilungen zu berücksichtigen sind und die andererseits in dem verfügbaren Datensatz operationalisiert werden können. Im einzelnen werden die folgenden Indikatoren verwandt: Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftsbereiche (1979) und Handwerksbetriebe je 1000 Einwohner (1977) für die Wirtschaftsstruktur der Wahlkreise, Verteilung der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf (Volkszählung 1970) für die soziale Schichtung, für das formale Bildungsniveau der Anteil der Wohnbevölkerung (1970) mit abgeschlossenem Abitur, für die konfessionelle Bindung der Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung (1970). Um der Möglichkeit Rechnung zu tragen, daß diese Indikatoren nicht über die gesamte Bundesrepublik hinweg gleichförmig mit dem Wahlergebnis zusammenhängen, wird jeder der genannten Indikatoren in drei Merkmale aufgespalten, von denen jeweils eines in einer der Regionen Nord (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen), Mitte (Nordrhein-Westfalen, Hessen) und Süd (Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Saarland) dem ursprünglichen Merkmal entspricht und in den beiden anderen Regionen den Wert Null annimmt. Urbanisierung schließlich wird durch die Gemeindegrößenklasse der größten Stadt im Wahlkreis und durch seine Bevölkerungsdichte erfaßt.

Unter Verwendung dieser Indikatoren können mittels multipler Regression die sozialstrukturellen Null-Modelle der Tabelle 2 geschätzt werden. Als „Null-Modelle“ werden sie bezeichnet, weil in ihnen diejenigen – im wesentlichen bekannten – sozialstrukturellen Korrelate der Stimmenverteilungen erfaßt werden, die bei der Untersuchung der politischen Auswirkungen der Arbeitsmarktlage vorab ausgeblendet werden sollen. Ginge es hier in erster Linie um die exakte Bestimmung dieser sozialstrukturellen Effekte, dann wäre vielleicht zu kritisieren, daß die regionale Zerlegung der einzelnen Merkmale zu einem völlig untheoretischen *overfitting* führt, daß der Prozentsatz der gebundenen Varianz ohne inhaltlich-theoretische Grundlage künstlich maximiert wird. Die Kehrseite dieses Vorwurfs lautet jedoch, daß allein die Maximierung der Varianzreduktion im ersten Schritt die Gefahr minimiert, im zweiten Schritt nur scheinbare Beziehungen zwischen Arbeitsmarktlage und Wahlergebnissen zu ermitteln. Das angewandte Verfahren ist in diesem Sinne statistisch konservativ, was die Schätzung der Effekte der Arbeitslosigkeit angeht.

Die Null-Modelle der Tabelle 2 interessieren hier für sich genommen auch gar nicht. Sie dienen lediglich der Vorbereitung der statistischen Kontrolle bei der nachfolgenden Untersuchung der politischen Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit bei

21 Vgl. Hans-Dieter Klingemann/Charles L. Taylor, Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 301–347.

Tabelle 2: Sozialstrukturelle Null-Modelle der Ergebnisse der Bundestagswahl 1980
(unstandardisierte Regressionskoeffizienten, N = 248)

Unabhängige Variable		Abhängige Variable (Zweitstimmenanteile)				
		CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	Nichtwähler
Anteil der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf 1970	Arbeiter	N - 0,11	0,27*	- 0,13*	-0,03*	0,02
		M 0,00	0,08	- 0,05	-0,03*	-0,01
		S - 0,06	0,22*	- 0,15*	-0,01	-0,12*
	Angestellte	N 0,18	- 0,28*	0,10	0,00	0,14*
		M - 0,17	- 0,10	0,29*	-0,02	0,03
		S - 0,13	- 0,06	0,20*	-0,01	-0,04
	Beamte	N 0,37	- 0,23	- 0,06	-0,08*	0,27*
		M - 0,19	0,55	- 0,31*	-0,05*	-0,21*
		S 0,03	0,23	- 0,15	-0,11*	-0,13*
	Selbständige	N 0,73*	- 0,77*	0,02	0,02	0,29*
		M 1,04*	- 1,36*	0,40*	-0,08*	0,19
		S 0,74*	- 0,55*	- 0,18	-0,01	0,12
Anteil der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen 1979	Landwirtschaft	N 0,65*	- 0,67*	0,00	0,02	-0,14
		M - 0,36	0,76	- 0,51	0,11	-0,72*
		S - 0,28	- 0,33	0,57	0,04	-0,30
	Produzierendes Gewerbe	N 0,22*	- 0,22*	0,02	-0,01	-0,01
		M 0,06	0,00	- 0,05	0,00	-0,03
		S 0,15*	- 0,12	- 0,01	-0,02*	0,03
	Handel und Verkehr	N - 0,12	- 0,01	0,10	0,02	0,06
		M 0,17	0,03	- 0,20*	0,01	-0,06
		S				
Handwerksbetriebe je 1000 EW 1977	N	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,01*
	M	0,01*	- 0,01*	- 0,01*	0,00	0,00
	S	0,01*	- 0,01*	0,00	0,00	0,003*
Katholikenanteil 1970	N	0,18*	- 0,12*	- 0,06*	0,00	-0,01
	M	0,15*	- 0,10*	- 0,04*	-0,01*	0,02*
	S	0,20*	- 0,14*	- 0,06*	0,00	0,02*
Anteil der Wohnbevölkerung mit Abitur 1970	N	- 0,02	- 0,24	0,23	0,04	-0,10
	M	1,20*	- 1,32*	0,01	0,12*	0,07
	S	0,37	- 0,80*	0,35*	0,09*	0,08
Gemeindegrößenklasse der größten Stadt im Wahlkreis		0,002	0,001	- 0,004*	0,001*	0,006*
Bevölkerungsdichte (in 1000 EW je km ²)		- 0,006	0,010*	- 0,003	0,000	0,006*
Konstante		0,148	0,653	0,157	0,043	0,103
R ² (korrigiert)		0,887	0,851	0,715	0,529	0,495
F		59,8	43,8	19,8	9,4	8,3
Standardfehler der Schätzung		0,035	0,035	0,016	0,004	0,015

*: $p < 0,05$ (zweiseitig).

N = Nord: Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen (53 Wahlkreise).

M = Mitte: Nordrhein-Westfalen, Hessen (92 Wahlkreise).

S = Süd: Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern, Saarland (103 Wahlkreise).

der Bundestagswahl 1980. Es wird deshalb darauf verzichtet, sie inhaltlich extensiv zu interpretieren. Der auch nur oberflächliche Kenner der Literatur zur Wahlsoziologie der Bundesrepublik findet in diesen Modellen ohnehin vorwiegend vertraute Zusammenhänge (oder vertrautes Fehlen von Zusammenhängen). Was anderwärts in Form von bivariaten Korrelationen²² oder von „Hoch- und Tiefburgen-Analysen“²³ vorgeführt wird, ist in Tabelle 2 in Form von Regressionskoeffizienten wiedergegeben. Daß Katholiken- und CDU/CSU-Anteil, Arbeiter- und SPD-Anteil, Abiturienten- und FDP-Anteil, schließlich Urbanisierung und Wahlenthaltung jeweils positiv kovariieren, ist wahrlich ebensowenig originell wie die Beobachtung, daß die sozialstrukturellen Korrelate der Stimmenanteile der beiden großen Parteien am stärksten und ziemlich gegenläufig ausgeprägt sind, während das sozialstrukturelle „Profil“ der FDP diffuser ist und sich schließlich das Abschneiden von „Sonstigen“ und die Wahlbeteiligung aus der Sozialstruktur am schlechtesten vorhersagen lassen. Obwohl so manche „Wahlanalyse“ sich genau darauf beschränkt, bringt es schon längst keinen Erkenntnisfortschritt mehr, solche „Ergebnisse“ nach jeder Wahl neu aufzulegen²⁴. So ist es höchst gerechtfertigt, sich nun sofort den Resultaten der Einbeziehung der Arbeitsmarktlage in diese Null-Modelle zuzuwenden.

2.4. Arbeitslosigkeit und das Wahlergebnis

Im Rahmen des Regressionsansatzes gibt es die zwei bereits angedeuteten Möglichkeiten, die Sozialstruktur der Wahlkreise bei der Bestimmung der politischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu kontrollieren, nämlich die schrittweise und die Residuen-Regression. Der Vorzug wird hier dem erstgenannten Verfahren gegeben, weil es rechnerisch weniger aufwendig ist und weil ein Vergleich beider Methoden²⁵ bei der Kontrolle der Parteibindung in Regressionsmodellen der individuellen Wahlabsicht bei den Bundestagswahlen von 1980 und 1976 gezeigt hat, daß sie zu annähernd identischen Ergebnissen führen.

Die Regression der fünf abhängigen Variablen aus Tabelle 2 auf zunächst die Prädiktoren der Null-Modelle und danach auf die drei beschriebenen Arbeitslosigkeitsindikatoren kann auf viele verschiedene Arten durchgeführt werden. Man kann die drei Indikatoren alle gleichzeitig, jeweils einzeln oder in beliebigen Kombinationen und Reihenfolgen einbeziehen. Solche Ergebnisse im Einzelnen vorzuführen, erscheint wenig sinnvoll, hat sich doch in früheren Studien herausgestellt, daß die

22 Vgl. Max Kaase, Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 11. Jg. 1970, H. 1, S. 46–110.

23 Werner Kaltefleiter, *Vorspiel zum Wechsel*, Berlin: Duncker & Humblot 1977.

24 Dies gilt um so mehr, wenn man zentrale Bestandteile der Sozialstruktur bei mehreren aufeinanderfolgenden Wahlen nur über ein- und dieselbe, lang zurückliegende Volkszählung erfassen kann. Auf Aggregatdaten gestützte Forschungsberichte über Beziehungen zwischen Sozialstruktur und Wahlergebnissen können dann aus logischen Gründen per Fotokopie aus Analysen der Vorwahl bei geringfügiger Modifikation einiger Ziffern erstellt werden.

25 Vgl. Hans Rattinger/Jürgen W. Falter, *Normal Vote Analysis*, Manuskript, November 1981.

Arbeitsmarktlage nicht gleichförmig über alle Wahlkreise hinweg mit den Stimmenverteilungen zusammenhängen muß²⁶.

Deshalb wurde für alle drei Arbeitslosigkeitsindikatoren geprüft, ob in ihren Beziehungen zum Wahlergebnis Interaktionseffekte mit dem Arbeiteranteil, dem Anteil des sekundären oder des tertiären Wirtschaftssektors, dem formalen Bildungsniveau oder mit der Urbanisierung sichtbar wurden. Dies ist allein für die Bevölkerungsdichte im Wahlkreis sehr deutlich der Fall, allerdings nur bei bestimmten Kombinationen aus abhängigen Variablen und den Indikatoren struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit. Angesicht des Fehlens spezifischer und theoretisch begründeter Erwartungen über Inhalt und Form der politischen Begleiterscheinungen bestimmter Aspekte der Arbeitsmarktlage wird die schrittweise Regressionsanalyse also als Suchprozeß eingesetzt, in dessen Verlauf überflüssige Arbeitslosigkeitsindikatoren ausgeschieden und diejenigen Modellspezifikationen ermittelt werden, in denen der Beitrag der verschiedenen Dimensionen der Arbeitslosigkeit zur statistischen Erklärung der verschiedenen Aspekte des Wahlergebnisses am deutlichsten zutage tritt. Als Ergebnis dieses Suchprozesses erhält man die Modellschätzungen der Tabelle 3, wobei der Platzersparnis halber darauf verzichtet wird, die Koeffizienten der Prädiktoren der Null-Modelle nochmals aufzuführen. Aufgrund der vorwiegend relativ niedrigen Korrelationen zwischen diesen Variablen und den drei Arbeitslosigkeitsindikatoren treten bei deren zusätzlicher Berücksichtigung gegenüber Tabelle 2 keinerlei bemerkenswerte Veränderungen der Koeffizientenschätzungen auf. Aus Tabelle 3 geht hervor, daß zwischen der Arbeitsmarktlage und dem Wahlergebnis auf Wahlkreisebene recht komplexe und uneinheitliche Zusammenhänge bestehen. Die Verteilung der strukturellen Arbeitslosigkeit schlägt sich mit Ausnahme des Stimmenanteils der „Sonstigen“ in allen abhängigen Variablen nieder – und zwar durchgängig in Interaktion mit dem Verstädterungsgrad. Die Verteilung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit hat Auswirkungen auf das Abschneiden von CDU/CSU und SPD und auf die Wahlbeteiligung; die letztere Beziehung hängt in ihrer Stärke wiederum von der Urbanisierung ab. Die Veränderung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit beeinflusst nur die Anteile der Nichtwähler und der für sonstige Parteien abgegebenen Stimmen.

Das Wahlergebnis von CDU/CSU und SPD wird von der Arbeitsmarktlage genau spiegelbildlich betroffen: je höher die strukturelle und je höher die konjunkturelle Arbeitslosigkeit, desto höher – *ceteris paribus* – der Stimmenanteil der SPD und desto geringer der Stimmenanteil der CDU/CSU. Wenn sich zwischen zwei ansonsten identischen Wahlkreisen die konjunkturelle Arbeitslosigkeit um einen Prozentpunkt unterscheidet, dann ist in dem Wahlkreis mit der höheren Arbeitslosigkeit ein um etwa einen Prozentpunkt besseres Ergebnis der SPD auf Kosten der CDU/CSU zu erwarten. Unterscheiden sich zwei ansonsten identische Wahlkreise um einen Prozentpunkt in ihrer strukturellen Arbeitslosigkeit, dann hängen die politischen Konsequenzen sehr stark vom jeweiligen Milieu ab. Handelt es sich um

26 Vgl. Rattinger, Auswirkungen der Arbeitsmarktlage (Anm. 6); ders., Wirtschaftliche Konjunktur (Anm. 7).

Tabelle 3: Einbeziehung der Arbeitsmarktlage in die Null-Modelle (unstandardisierte Regressionskoeffizienten, N = 248)

Unabhängige Variable	Abhängige Variable				
	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige	Nichtwähler
Arbeitslosenquote 1973	– 0,0047	0,0101*	– 0,0053*	–	0,0059*
Arbeitslosenquote 1973 × Bevölkerungsdichte (in 1000)	– 0,0128*	0,0202*	– 0,0066*	–	–0,0056*
Veränderung der Arbeitslosenquote 1973–1980	– 0,0122*	0,0103*	–	–	–0,0044*
Veränderung der Arbeitslosenquote 1973– 1980 × Bevölkerungs- dichte (in 1000)	–	–	–	–	0,0033*
Veränderung der Arbeitslosenquote Sept. 1979–Sept. 1980	–	–	–	0,0020*	0,0074*
R ² (korrigiert)	0,897	0,876	0,742	0,536	0,525
F	61,0	49,6	21,3	9,4	8,2
Standardfehler der Schätzung	0,033	0,032	0,015	0,004	0,015
Anstieg von R ² gegen- über Null-Modellen	0,010	0,027	0,027	0,007	0,030
Anstieg von R ² als Anteil der durch Null-Modelle unerklärten Varianz	0,088	0,168	0,095	0,015	0,059
Signifikanzniveau des Anstiegs von R ² gegen- über Null-Modellen	0,001	0,001	0,001	0,05	0,05

:* p < 0,05 (zweiseitig).

Wahlkreise auf dem flachen Land, dann ist im Wahlkreis mit der höheren Arbeitslosigkeit ein um einen Prozentpunkt höherer Stimmenanteil der SPD zu erwarten, der gleichmäßig auf Kosten von CDU/CSU und FDP geht (vgl. Tabelle 4). Handelt es sich um zwei großstädtische Wahlkreise, dann wird ein um über sechs Prozentpunkte höherer SPD-Anteil vorhergesagt, während der Stimmenanteil der CDU/CSU um etwa vier Prozentpunkte und derjenige der FDP um mehr als zwei Prozentpunkte unter dem Wert des ansonsten identischen Vergleichs-Wahlkreises erwartet wird. Die Berücksichtigung der Lage auf dem Arbeitsmarkt läßt die korrigierten multiplen Determinationskoeffizienten der CDU/CSU, SPD und FDP zwischen 0,01 und 0,027 ansteigen, damit werden zwischen 8,8 (CDU/CSU) und 16,8 (SPD) Prozent

der durch die Null-Modelle unerklärten Varianz in den Stimmenanteilen gebunden. Die kurzfristige Veränderung der Arbeitslosenquote zwischen September 1979 und September 1980 ist für das Abschneiden aller drei Parteien unerheblich; überdies schlägt sich das Niveau der konjunkturellen Arbeitslosigkeit in den Ergebnissen der FDP nicht nieder.

Viel einfacher läßt sich der Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktlage und dem Stimmenanteil der sonstigen Parteien beschreiben – damit natürlich namentlich der Grünen. Von allen Arbeitslosigkeitsindikatoren beeinflußt nur die Veränderung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit im Jahr vor der Wahl ihr Wahlergebnis und zwar dergestalt, daß – *ceteris paribus* – mit einer Zunahme der Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum um einen Prozentpunkt ein etwa 0,2 Prozentpunkte höherer Anteil der sonstigen Parteien einhergeht. Die durch diese Beziehung bewirkte Varianzreduktion ist jedoch ebenso geringfügig wie die Verringerung des erwarteten Stimmenanteils der sonstigen Parteien unter der Annahme, die Arbeitslosigkeit wäre in diesen zwölf Monaten konstant geblieben.

Am kompliziertesten ist andererseits das Bild beim Anteil der Nichtwähler, der von der strukturellen und von der konjunkturellen Arbeitslosigkeit und von der Veränderung der letzteren abhängt, wobei die Form der Beziehungen zu den ersten beiden Faktoren stark milieuabhängig ist. Alle drei Dimensionen zusammen sind für 5,9 Prozent der durch die Null-Modelle unerklärten Varianz verantwortlich. Der Nichtwähleranteil kovariiert über alle Wahlkreise hinweg mit der Veränderung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit, seine Abhängigkeit von konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit indessen folgt einem differenzierten Muster (vgl. Tabelle 4). In ländlichen Wahlkreisen steht die Wahlenthaltung in einem positiven Zusammenhang mit der strukturellen Arbeitslosigkeit, jedoch in einem negativen mit der konjunkturellen. Es gilt also: Je höher die Arbeitslosigkeit schon vor der Krise, desto höher der Nichtwähleranteil; je größer gleichzeitig die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Krise, desto geringer der Nichtwähleranteil. In den Ballungsgebieten verlaufen diese Beziehungen genau umgekehrt: Je höher die Arbeitslosigkeit vor der Krise, desto höher die Wahlbeteiligung; je stärker der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise, desto geringer die Wahlbeteiligung. Da es – *ceteris paribus* – bei um einen Prozentpunkt höherer Arbeitslosigkeit nur um ein halbes bis ein Prozent höhere oder niedrigere Wahlbeteiligung geht, ist es sehr gewagt, hier von politischer „Mobilisierung“ zu sprechen. Verwendet man den Begriff dennoch, dann geht im ländlichen Bereich mit struktureller Arbeitslosigkeit Demobilisierung, mit konjunktureller dagegen Mobilisierung einher, während es sich in großstädtischen Ballungsgebieten umgekehrt verhält.

Es ist eine Sache, aufgrund der Datenanalyse solche Interaktionen mit der Besiedlungsdichte zu konstatieren, eine ganz andere Sache ist es, sie inhaltlich herzuleiten und zu begründen. Obwohl noch abzuwarten bleibt, ob diese Befunde bei der Auswertung von Individualdaten reproduziert werden, soll bereits an dieser Stelle eine entsprechende Interpretation versucht werden. Wir stellen fest, daß die parteipolitischen Korrelate struktureller Arbeitslosigkeit in Ballungszentren wesentlich stärker

Tabelle 4: Profile der Wahlkreise nach Bevölkerungsdichte

		Bevölkerungsdichte (Einwohner/km ²)						Gesamt
		bis 100	100 – 200	200 – 400	400 – 1000	1000 – 2000	über 2000	
Zahl der Wahlkreise		25	70	55	25	30	43	248
Mittlere Bevölkerungsdichte		86	147	275	618	1413	2662	806
Erwerbstätige nach Stellung im Beruf 1970 (%)	Arbeiter	42,2	42,8	41,3	45,7	45,0	41,8	42,1
	Angestellte	19,6	23,2	26,7	31,7	37,0	40,6	29,2
	Beamte	8,1	7,0	6,4	6,7	6,9	7,6	7,0
	Selbständige	14,6	11,1	8,5	7,6	7,3	7,4	9,4
	Mithelfende	14,3	9,2	5,3	3,2	2,4	2,1	6,2
	Familienangehörige							
Erwerbstätige nach Wirt- schaftsbe- reichen 1979 (%)	Landwirtschaft	2,6	1,9	1,4	0,8	0,5	0,3	1,3
	Produzierendes Gewerbe	53,7	55,8	55,0	55,3	50,0	40,1	52,0
	Handel und Verkehr	16,0	16,1	17,1	17,7	22,1	25,6	18,9
	Dienstleistungen	27,7	26,3	26,6	26,3	27,5	33,8	28,0
Handwerksbetriebe je 1000 Ew. 1977		10,1	9,4	8,4	7,0	6,5	6,2	8,1
Katholikenanteil 1970 (%)		51,1	47,0	48,2	49,2	41,9	36,6	45,8
Wohnbevölkerung mit Abitur 1970 (%)		3,0	3,1	3,4	3,8	4,3	4,9	3,7

		Arbeitslosenquote 1980	4,8	3,9	3,6	4,2	4,3	4,3	4,1
		Arbeitslosenquote 1973	2,0	1,4	1,1	1,1	1,3	1,2	1,3
		Veränderung der Arbeitslosenquote 1973–1980	2,8	2,4	2,5	3,1	3,1	3,1	2,8
		Veränderung der Arbeitslosenquote September 1979–September 1980	0,5	0,4	0,4	0,4	0,2	0,3	0,4
Bundes- tagswahl 1980	Zweitstimmenanteile (%)	CDU/CSU	55,0	50,3	45,5	40,9	37,8	35,1	44,6
		SPD	34,7	38,7	41,7	45,5	48,6	50,2	42,8
		FDP	8,4	9,2	10,9	11,7	11,6	12,3	10,6
		Sonstige	1,9	1,8	1,9	1,9	2,1	2,4	2,0
		Nichtwähler (%)	11,6	11,0	11,0	10,4	12,2	12,5	11,4
Regressionskoeffizient der Arbeitslosenquote 1973		CDU/CSU	– 0,006	– 0,007	– 0,008	– 0,013	– 0,23	– 0,039	– 0,015
		SPD	0,012	0,013	0,016	0,023	0,039	0,064	0,020
		FDP	– 0,006	– 0,006	– 0,007	– 0,009	– 0,015	– 0,023	– 0,015
		Nichtwähler	0,005	0,005	0,004	0,002	– 0,002	– 0,009	0,001
Regressionskoeffizient der Veränderung der Arbeitslosenquote 1973–1980									
		Nichtwähler	– 0,004	– 0,004	– 0,003	– 0,002	0,000	0,004	– 0,002

ker ausgeprägt sind als in relativ dünn besiedelten Regionen und daß sie in ersteren mit einer niedrigeren, in letzteren mit einer höheren Wahlbeteiligung einhergeht.

Eine mögliche Erklärung hierfür wäre, daß strukturelle Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum eher als „normal“ empfunden wird, so daß sie selbst bei objektiv stärkerer Ausprägung geringere politische Konsequenzen hat. Die lokal relativ schlechten Erwerbschancen von aus wenig produktiver Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräften haben die regionale Strukturierung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes auch zu Zeiten der Hochkonjunktur deutlich mitgeprägt, so daß von einem eindeutigen Rückgang der regionalen Disparitäten der Arbeitslosigkeit bisher kaum die Rede sein kann²⁷. Die sozialstrukturellen Profile der nach ihrer Bevölkerungsdichte gruppierten Wahlkreise (vgl. Tabelle 4) zeigen, daß es sich bei der Extremgruppe der 25 am dünnsten besiedelten Wahlkreise um solche mit unter 20 Prozent Angestellten, aber beinahe 30 Prozent Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen handelt, mit überdurchschnittlicher Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft und im Handwerk, aber mit unterdurchschnittlichem Ausbildungsniveau. Die strukturell bedingte Arbeitslosenquote von im Mittel zwei Prozent dürfte hier einen Dauerzustand reflektieren, der die kurzfristige Verteilung der Gewichte zwischen den Parteien nicht wesentlich beeinflußt und allenfalls die ansonsten etwa durchschnittliche Wahlbeteiligung verringert. In der entgegengesetzten Extremgruppe der 43 Wahlkreise mit der höchsten Bevölkerungsdichte liegt das Bildungsniveau am höchsten, der Handwerkeranteil am niedrigsten. Über 40 Prozent der Erwerbstätigen sind Angestellte und weniger als 10 Prozent sind Selbständige oder mithelfende Familienangehörige. Nahezu 40 Prozent der Erwerbstätigen entfallen auf die Bereiche Handel, Verkehr und sonstige Dienstleistungen. Die Erklärung für die starken politischen Auswirkungen der Arbeitsmarktlage in diesen Kreisen könnte darin liegen, daß Erwartungen und tatsächliche Erwerbschancen hier inzwischen am stärksten auseinanderklaffen. In den größeren Städten hat sich in der Rezession die ursprünglich günstigere Ausgangslage des Arbeitsmarktes am deutlichsten verschlechtert. Die durch den hohen Dienstleistungsanteil bedingten Strukturprobleme wurden durch die Hochkonjunktur lange überlagert, liegen jetzt aber offen und geraten in heftigen Widerspruch zu der früheren Erfahrung, es mit einem ziemlich unproblematischen Arbeitsmarkt zu tun zu haben. Daß die Stärke dieser Notwendigkeit des „Umlernens“ in den großstädtischen Wahlkreisen am deutlichsten mit der Wahlbeteiligung zusammenhängt, paßt in das Bild einer mit dem Verstädterungsgrad zunehmenden „Politisierung“ der Arbeitsmarktlage.

Die Verteilung der strukturellen Arbeitslosigkeit reicht aber nicht aus, um die Gesamtwirkung der Beschäftigungssituation auf die Wahlbeteiligung zu beurteilen. Bezieht man alle drei Dimensionen der Arbeitslosigkeit mit ihren sich gegenseitig teilweise aufhebenden Effekten ein, dann ergeben sich – ausgehend von den jeweiligen Gruppenmitteln der Arbeitslosigkeitsindikatoren – sichtbare Nettoresultate für die Wahlbeteiligung vor allem in den beiden soeben diskutierten Extremgruppen dergestalt, daß die Anteile der Nichtwähler im Mittel zwischen 0,3 und 0,4

27 Vgl. Schmid, *Strukturierte Arbeitslosigkeit* (Anm. 18).

Prozent höher liegen, als das allein aufgrund der sozialstrukturellen Prädiktoren der Null-Modelle zu erwarten war.

Wenn man ein- und dieselbe Fragestellung mit verschiedenen Datentypen verfolgt, dann nicht zuletzt um zu prüfen, ob die Ergebnisse zu einer gegenseitigen Validierung führen. Es ist allerdings jetzt noch zu früh, die Befunde der Aggregatdatenanalyse in Form von Aussagen zusammenzustellen, die dann als Hypothesen für die Untersuchung von Umfragedaten dienen können. Bisher konnte nämlich nur über Zusammenhänge auf Aggregatebene berichtet werden. Diese können Scheinbeziehungen sein – was wegen der umfassenden Kontrolle der Sozialstruktur in den Null-Modellen eher unwahrscheinlich ist – oder sie können Individual- und/oder Kontexteffekte der Arbeitslosigkeit widerspiegeln. Diese beiden zu trennen, ist mit der bisherigen Vorgehensweise nicht möglich; vielmehr ist es nun notwendig, die der Frage nach dem „warum“ vorgelagerte elementare Frage der Wahlsoziologie zu stellen: „Wer wählt wen?“ Sind die berichteten Aggregatkovariationen darauf zurückzuführen, daß sich die Arbeitslosen selbst anders verhalten als die sonstigen Wahlberechtigten, daß die sonstigen Wahlberechtigten je nach regionaler Arbeitsmarktlage unterschiedliches Wahlverhalten an den Tag legen oder daß beides zusammen der Fall ist? Diesen Fragen soll zunächst im vorliegenden Aggregatdatenmaterial mit Hilfe des Verfahrens der ökologischen Regression nachgegangen werden. Danach können die Resultate der Aggregatdatenanalyse als Hypothesen für die anschließende Auswertung der Individualdaten zusammengefaßt werden.

3. Das Wahlverhalten von Arbeitslosen und sonstigen Wahlberechtigten

3.1. Ökologische Regression

3.1.1. Wahlbeteiligung

Über Versuche, aus ökologischen Daten auf individuelles Verhalten zu schließen, sind in der Literatur in den letzten Jahrzehnten heftige Kontroversen ausgefochten worden²⁸. Sie können hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden²⁹, vielmehr geht es darum, diejenigen Untersuchungsschritte durchzuführen, die sich dabei als die brauchbarsten erwiesen haben. Das von Duncan und Davis³⁰ vorgeschlagene Verfahren, Minima und Maxima für Individualkorrelationen aus Aggregatbeziehungen in möglichst kleinen regionalen Einheiten zu berechnen, ist offenbar nicht anwendbar, weil es sich bei der Arbeitslosigkeit einerseits um ein „seltenes Ereignis“ han-

28 Siehe hierzu W. S. Robinson, *Ecological Correlations and the Behavior of Individuals*, in: *American Sociological Review*, 15. Jg. 1950, H. 3, S. 351–357.

29 Vgl. Franz U. Pappi, *Aggregatdatenanalyse*, in: Jürgen van Koolwijk/Maria Wicken-Mayser (Hrsg.), *Techniken der empirischen Sozialforschung*, München: Oldenbourg 1977, S. 78–110.

30 Siehe Otis D. Duncan/Beverly Davis, *An Alternative to Ecological Correlation*, in: *American Sociological Review*, 18. Jg. 1953, H. 4, S. 665–666.

delt und wir andererseits über Daten nur für die relativ großen Wahlkreise verfügen. Auf dieser Ebene könnte man allenfalls die Trivialität feststellen, die Wahlbeteiligung der Arbeitslosen und ihre Stimmenanteile für die einzelnen Parteien könnten bei der Bundestagswahl 1980 zwischen null und einhundert Prozent gelegen haben. Wesentlich präzisere Schätzungen können mittels der von Goodman³¹ entwickelten ökologischen Regression abgeleitet werden.

Die Anzahl der in einem beliebigen Wahlkreis abgegebenen Stimmen läßt sich schreiben als:

$$\begin{aligned} \text{Abgegebene Stimmen} &= \\ &= r \cdot \text{wahlberechtigte Arbeitslose} + s \cdot \text{sonstige Wahlberechtigte} \end{aligned} \quad (1)$$

wobei r und s die jeweilige Wahlbeteiligung bezeichnen. Daraus folgt:

$$\begin{aligned} \text{Abgegebene Stimmen} &= \\ &= r \cdot \text{wahlberechtigte Arbeitslose} + s \cdot (\text{Wahlberechtigte} - \\ &\quad - \text{wahlberechtigte Arbeitslose}) = \\ &= (r - s) \cdot \text{wahlberechtigte Arbeitslose} + s \cdot \text{Wahlberechtigte} \end{aligned} \quad (2)$$

Division durch die Gesamtzahl der Wahlberechtigten ergibt:

$$\begin{aligned} \text{Wahlbeteiligung} &= \\ &= \frac{\text{abgegebene Stimmen}}{\text{Wahlberechtigte}} = (r - s) \frac{\text{wahlberechtigte Arbeitslose}}{\text{Wahlberechtigte}} + s \end{aligned} \quad (3)$$

Durch Einführung eines Fehlerterms kann diese Gleichung als bivariate Regressionsgleichung aufgefaßt werden, was die Schätzung von r und s über alle Wahlkreise hinweg erlaubt, sofern für die einzelnen Kreise die Anzahl der wahlberechtigten Arbeitslosen bekannt ist³². Das Ergebnis dieser Schätzung lautet $s = 0,902$ und $r = 0,186$. Ihm ist jedoch zu mißtrauen, weil einerseits die für die Arbeitslosen geschätzte Wahlbeteiligung extrem niedrig ist und weil andererseits das mit dem Anteil der Arbeitslosen an den Wahlberechtigten gewichtete Mittel aus r und s deutlich über der tatsächlichen mittleren Wahlbeteiligung von 88,6 Prozent liegt. Es scheint also die Annahme verletzt, daß r und s über alle Wahlkreise hinweg gleich seien.

Dies verwundert nicht, sieht man doch in Tabelle 4 das wohlbekannte Faktum vor sich³³, daß die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik bei mittlerer Bevölkerungsdichte am höchsten, bei höchster Bevölkerungsdichte am niedrigsten und auf dem Land im Mittelbereich liegt. Dies kann man berücksichtigen, wenn man r und s

31 Siehe Leo A. Goodman, Some Alternatives to Ecological Correlation, in: *American Journal of Sociology*, 64. Jg. 1959, H. 4, S. 610–625.

32 Der Datensatz enthält lediglich die Arbeitslosenquoten der Wahlkreise, nicht die Absolutzahlen der Arbeitslosen. Die Anzahl der wahlberechtigten Arbeitslosen im Wahlkreis läßt sich aus der Anzahl der von Deutschen besetzten Arbeitsplätze, dem Anteil der abhängigen Beschäftigten, dem Ausländeranteil und der Arbeitslosenquote annähern, sofern man annimmt, daß die Relation zwischen Ausländerarbeitslosigkeit und Gesamtarbeitslosigkeit bundesweit einheitlich und der Anteil der deutschen Arbeitslosen unter 18 Jahren an der Gesamtzahl der deutschen Arbeitslosen in allen Wahlkreisen der gleiche ist.

33 Vgl. Ralf-Rainer Lavies, *Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens*, Düsseldorf: Droste 1973; Immo H. Wernicke, *Die Bedingungen politischer Partizipation*, Meisenheim: Hain 1976.

nicht mehr als Konstanten, sondern selbst als Variablen auffaßt³⁴ mit der Besiedlungsdichte (D) und ihrem Quadrat — um die Nichtlinearität der Beziehung zu erfassen — als wichtigsten Prädiktoren. Um zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosigkeit im Wahlkreis auch einen Kontexteffekt auf die Wahlbeteiligung von Arbeitslosen und sonstigen Wahlberechtigten ausüben kann, sollen r und s überdies als Funktionen der Arbeitslosigkeit spezifiziert werden. Schreiben wir Y für die gesamte Wahlbeteiligung im Wahlkreis und für den Anteil der wahlberechtigten Arbeitslosen an den Wahlberechtigten des Wahlkreises X, dann gilt mithin:

$$r = k_1 + k_2 X + k_3 + k_4 D^2 \quad (4)$$

$$s = k_5 + k_6 X + k_7 D + k_8 D^2 \quad (5)$$

$$\begin{aligned} Y &= (r - s) X + s = \\ &= (k_1 - k_5 + k_6) X + (k_2 - k_6) X^2 + (k_3 - k_7) DX + \\ &\quad + (k_4 - k_8) D^2 X + k_7 D + k_8 D^2 + k_5 \end{aligned} \quad (6)$$

Im Gegensatz zu Gleichung (3) ist dieses Modell jedoch unteridentifiziert, wenn (6) als multiple Regressionsgleichung aufgefaßt wird; acht Unbekannten stehen nur sieben Koeffizientenschätzungen gegenüber. Dieses Problem läßt sich rein formal nicht lösen, sondern nur inhaltlich durch Zusatzannahmen. Die plausibelste Annahme, welche die übrigen Modellparameter sofort schätzbar macht, lautet $k_6 = 0$, daß also der Kontexteffekt der Arbeitslosigkeit im Wahlkreis auf die Wahlbeteiligung nur bei den Arbeitslosen selbst anfällt, nicht aber bei den sonstigen Wahlberechtigten. Diese Annahme ist nicht nur plausibel, sondern vor allem auch später mit Hilfe von Umfragedaten überprüfbar. Sie führt zu den folgenden Schätzergebnissen:

$$r' = 0,507 - 10,17 X + 0,303 D - 0,072 D^2 \quad (7)$$

$$s' = 0,898 + 0,0015 D - 0,0017 D^2 \quad (8)$$

Dabei bezeichnen r' und s' die bei gegebener Bevölkerungsdichte und bei gegebenem Arbeitslosenanteil an den Wahlberechtigten erwarteten Wahlbeteiligungen für Arbeitslose und sonstige Wahlberechtigte. In Tabelle 6 sind die Werte von r' und s' für die sechs nach ihrer Bevölkerungsdichte klassifizierten Gruppen von Wahlkreisen der Tabelle 4 wiedergegeben.

Diese Schätzung wiederholt den mit (3) erhaltenen Befund, daß die Arbeitslosen eine wesentlich geringere Wahlbeteiligung haben als die übrigen Wahlberechtigten, wenn auch der Abstand hier weniger drastisch ausfällt. Sie zeigt bei den nicht arbeitslosen Wahlberechtigten das vertraute Bild, daß ihre Wahlbeteiligung in den Großstädten am niedrigsten und bei mittlerer Bevölkerungsdichte am höchsten liegt. Sie zeigt ferner, daß die Wahlbeteiligung der Arbeitslosen sehr stark vom Urbanisierungsgrad und vom Niveau der Arbeitslosigkeit abhängt. Zwar liegt die Wahl-

³⁴ Diese grundlegende Idee wurde meines Wissens bislang nur einmal in einer empirischen Studie praktiziert, die trotz der Rezension von William L. Miller, *New Methods for Ecological Analyses*, in: *European Journal of Political Research*, 1. Jg. 1973, H. 2, S. 293--298, keine breite Resonanz gefunden hat: Leif Lewin/Bo Jansson/Dag Sörbom, *The Swedish Electorate 1887--1968*, Stockholm: Almqvist & Wiksell 1972. Für den Hinweis auf diese Arbeit bedanke ich mich bei Jürgen W. Falter.

beteiligung der Arbeitslosen auch in Großstädten noch um 30 Prozentpunkte niedriger als diejenige der übrigen Wahlberechtigten, auf dem Land beträgt dieser Abstand nach dieser Schätzung aber über 50 Prozentpunkte. Die ohnehin geringe Neigung der Arbeitslosen, zur Wahl zu gehen, nimmt mit steigendem Niveau der Arbeitslosigkeit nochmals deutlich ab. Liegen in zwei Wahlkreisen mit gleicher Bevölkerungsdichte die Anteile der Arbeitslosen an den Wahlberechtigten um einen Prozentpunkt auseinander, dann ist im Wahlkreis mit der höheren Arbeitslosigkeit eine um 10,2 Prozentpunkte niedrigere Wahlbeteiligung zu erwarten. Der aufgrund des Kontexteffektes prognostizierte Abstand in der Wahlbeteiligung der Arbeitslosen zwischen dem Wahlkreis mit dem geringsten Arbeitslosenanteil (0,6 Prozent der Wahlberechtigten) und dem Kreis mit dem höchsten Arbeitslosenanteil (3,9 Prozent der Wahlberechtigten) beträgt – bei Vernachlässigung der Bevölkerungsdichte – immerhin 33,6 Prozent.

3.1.2. Wahlverhalten

Kommen wir nun zur Verteilung der abgegebenen Stimmen auf die politischen Parteien. Unter der Annahme, daß die Anteile der ungültigen Stimmen bei arbeitslosen und sonstigen Wählern gleich sind, gilt in jedem Wahlkreis für die CDU/CSU die folgende Gleichung (und analoge Gleichungen natürlich für die anderen Parteien):

$$\begin{aligned} \text{CDU/CSU-Stimmen} &= \\ &= p \cdot r \cdot \frac{\text{gültige Stimmen}}{\text{abgegebene Stimmen}} \cdot \text{wahlberechtigte Arbeitslose} + \\ &+ q \cdot s \cdot \frac{\text{gültige Stimmen}}{\text{abgegebene Stimmen}} \cdot \text{sonstige Wahlberechtigte} \end{aligned} \quad (9)$$

Die Wahlbeteiligung der jeweiligen Gruppe wird durch r und s gemessen, der jeweilige CDU/CSU-Anteil an den von dieser Gruppe abgegebenen gültigen Stimmen durch p und q . Für r und s liegen aus (7) und (8) für jeden Wahlkreis als r' und s' bezeichnete Schätzungen vor. Setzt man

$$r' \cdot \text{wahlberechtigte Arbeitslose} = \text{von Arbeitslosen abgegebene Stimmen}$$

und

$$\begin{aligned} s' \cdot \text{sonstige Wahlberechtigte} &= \\ &= \text{von sonstigen Wahlberechtigten abgegebenen Stimmen} \end{aligned}$$

dann läßt sich (9) schreiben als:

$$\begin{aligned} \frac{\text{CDU/CSU-Stimmen} \cdot \text{abgegebene Stimmen}}{\text{gültige Stimmen}} &= \\ &= p \cdot \text{von Arbeitslosen abgegebene Stimmen} + \\ &+ q \cdot \text{von sonstigen Wahlberechtigten abgegebene Stimmen} \end{aligned}$$

oder:

$$\frac{\text{CDU/CSU-Stimmen} \quad \text{abgegebene Stimmen}}{\text{gültige Stimmen} \cdot \text{von sonstigen Wahlberechtigten abgegebene Stimmen}} =$$

$$= p \cdot \frac{\text{von Arbeitslosen abgegebene Stimmen}}{\text{von sonstigen Wahlberechtigten abgegebene Stimmen}} + q \quad (10)$$

Schreibt man für den Quotienten auf der linken Seite der Gleichung (10) Z und für den Quotienten aus von Arbeitslosen und von sonstigen Wahlberechtigten abgegebenen Stimmen T , dann wird aus (10):

$$Z = pT + q \quad (11)$$

Man könnte natürlich (11) durch Einführung eines Fehlerterms als bivariate Regressionsgleichung über alle Wahlkreise hinweg schätzen. Diese Idee wäre offenkundig abwegig, würde dabei doch vorausgesetzt, daß p und q , die jeweiligen Stimmenanteile der CDU/CSU, in allen Wahlkreisen annähernd gleich seien. Mit einer derartigen Annahme steht und fällt das Goodmansche Verfahren der ökologischen Regression. Ist sie bekanntermaßen verletzt, braucht man die Regressionsgleichung gar nicht erst zu schätzen; daß man verzerrte Ergebnisse erhalten wird – etwa Stimmenanteile über 100 oder unter 0 Prozent – steht von vornherein fest. Der CDU/CSU-Zweitstimmenanteil in den Wahlkreisen bewegt sich zwischen 25,3 und 70,4 Prozent; da die große Mehrheit der Wahlberechtigten nicht arbeitslos ist, muß q etwa den gleichen Wertebereich haben. Von im Querschnitt konstanten Stimmenanteilen kann natürlich mitnichten die Rede sein.

Die Lösung dieses Problems kann nur darin bestehen, p und q , wie schon r und s , als Variablen anstatt als Konstanten aufzufassen. Die wichtigsten sozialstrukturellen Prädiktoren dieser Stimmenanteile erhält man aus der Schätzung der Null-Modelle in Tabelle 2. Wir schreiben also für p und q :

$$p = k_9 + k_{10} \text{ Arbeitslosenquote}_{\text{September 1980}} + k_{11} D + k_{12} D^2 \quad (12)$$

$$q = k_{13} + k_{14} \text{ Arbeitslosenquote}_{\text{September 1980}} + k_{15} D + k_{16} D^2 +$$

$$+ k_{17} \text{ Arbeiteranteil}_{\text{Nord}} + k_{18} \text{ Arbeiteranteil}_{\text{Mitte}} + k_{19} \text{ Arbeiteranteil}_{\text{Süd}} + k_{20} \text{ Selbständigenanteil}_{\text{Nord}} + k_{21} \text{ Selbständigenanteil}_{\text{Mitte}} +$$

$$k_{22} \text{ Selbständigenanteil}_{\text{Süd}} + k_{23} \text{ Katholikenanteil}_{\text{Nord}} + k_{24} \text{ Katholikenanteil}_{\text{Mitte}} + k_{25} \text{ Katholikenanteil}_{\text{Süd}} +$$

$$+ k_{26} \text{ Abiturientenanteil}_{\text{Nord}} + k_{27} \text{ Abiturientenanteil}_{\text{Mitte}} +$$

$$+ k_{28} \text{ Abiturientenanteil}_{\text{Süd}} \quad (13)$$

Die sozialstrukturellen Erklärungsvariablen für Gleichung (13) wurden nach ihrer Bedeutung für die Stimmenanteile der einzelnen Parteien in den Null-Modellen ausgewählt. Auf ihre Einbeziehung in die Gleichungen für die Stimmenanteile bei den arbeitslosen Wahlberechtigten (12) wurde unter der Annahme verzichtet, daß der politische Effekt der individuellen Arbeitslosigkeit die Auswirkungen der Sozialstruktur überlagert, daß das politische Verhalten der Arbeitslosen also nur von der Arbeitslosigkeit als Individual- und als Kontextgröße und vom Urbanisierungsgrad abhängt. Das hier beschriebene Verfahren wurde zunächst ohne Berücksichtigung des Quadrats der Bevölkerungsdichte durchgeführt, d. h. mit $k_{12} = k_{16} = 0$. Dabei

stellte sich jedoch heraus, daß derart die Stimmenanteile der beiden großen Parteien bei den nicht arbeitslosen Wahlberechtigten in Wahlkreisen mit mittlerer Bevölkerungsdichte deutlich über- bzw. unterschätzt werden und jeweils umgekehrt in ländlichen und großstädtischen Wahlkreisen. Dieser Nichtlinearität der Zusammenhänge kann durch Berücksichtigung von D^2 in (12) und (13) Rechnung getragen werden. Durch Einsetzen von (12) und (13) wird aus (11):

$$\begin{aligned} Z = & k_9 T + k_{10} T \cdot \text{Arbeitslosenquote}_{\text{September 1980}} + k_{11} TD + k_{12} TD^2 \\ & + k_{13} + k_{14} \text{Arbeitslosenquote}_{\text{September 1980}} + k_{15} D + k_{16} D^2 + \\ & + k_{17} \text{Arbeiteranteil}_{\text{Nord}} + k_{18} \text{Arbeiteranteil}_{\text{Mitte}} + k_{19} \text{Arbeiteranteil}_{\text{Süd}} + k_{20} \text{Selbständigenanteil}_{\text{Nord}} + k_{21} \text{Selbständigenanteil}_{\text{Mitte}} + k_{22} \text{Selbständigenanteil}_{\text{Süd}} + k_{23} \text{Katholikenanteil}_{\text{Nord}} \\ & + k_{24} \text{Katholikenanteil}_{\text{Mitte}} + k_{25} \text{Katholikenanteil}_{\text{Süd}} + k_{26} \text{Abiturientenanteil}_{\text{Nord}} + k_{27} \text{Abiturientenanteil}_{\text{Mitte}} + k_{28} \text{Abiturientenanteil}_{\text{Süd}} \end{aligned} \quad (14)$$

Die Koeffizienten dieser Gleichung können mittels multipler Regression für CDU/CSU, SPD, FDP und sonstige Parteien geschätzt werden. k_9 , k_{11} bis k_{13} und k_{15} bis k_{28} interessieren uns hier inhaltlich nicht, überdies sind Größenordnung und Vorzeichen der meisten dieser Parameter bereits aus den Null-Modellen der Tabelle 2 bekannt. Andererseits messen k_{10} und k_{14} den Kontexteffekt der Arbeitslosigkeit bei arbeitslosen und nicht arbeitslosen Wahlberechtigten und sind deshalb in Tabelle 5 wiedergegeben. Im Gegensatz zum Kontexteffekt kann die politische Auswirkung individueller Arbeitslosigkeit nicht einfach in einigen Koeffizienten sichtbar gemacht werden. Vielmehr ist es notwendig, wie schon bei r' und s' , (12) und (13) unter Verwendung der Schätzergebnisse von (14) als Prognosegleichungen für p' und q' umzuschreiben, daraus die prognostizierten Stimmenverteilungen der einzelnen Wahlkreise abzuleiten und sie insgesamt oder für einzelne Gruppen von Wahlkreisen zu mitteln.

Den in Tabelle 6 wiedergegebenen Stimmenverteilungen unter arbeitslosen Wählern liegt jedoch eine etwas andere Berechnungsweise zugrunde. Wegen (11) muß für jeden Wahlkreis $p' = (Z - q')/T$ gelten. Den Schätzungen der Koeffizienten von (13) kann man wegen der expliziten und ausführlichen Berücksichtigung der Sozial-

Tabelle 5: Kontexteffekte der Arbeitslosenquote vom September 1980
(unstandardisierte Regressionskoeffizienten, $N = 248$)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
arbeitslose Wahlberechtigte (k_{10})	-0,047	0,015	-0,007	0,038*
sonstige Wahlberechtigte (k_{14})	-0,023*	0,029*	-0,005	0,000

*: $p < 0,05$ (zweiseitig).

struktur und wegen der geringen Fallzahlen der wahlberechtigten Arbeitslosen wahrscheinlich eher trauen als denjenigen der Koeffizienten von (12). Das geschätzte Wahlverhalten der Arbeitslosen (p') wurde also Wahlkreis für Wahlkreis aus der bekannten tatsächlichen Stimmenverteilung und dem geschätzten Wahlverhalten der nicht arbeitslosen Wahlberechtigten (q') errechnet, um in Tabelle 6 das Wahlverhalten beider Gruppen insgesamt und in den analog zu Tabelle 4 gruppierten Wahlkreisen darstellen zu können.

Die in Tabelle 3 berichteten Aggregatzusammenhänge zwischen der Arbeitslosigkeit und den Ergebnissen der Bundestagswahl 1980 gehen nach den in den Tabellen 5 und 6 festgehaltenen Befunden auf eine Kombination von Individual- und Kontexteffekten zurück. Die ökologische Regression führte zu dem Ergebnis, daß die Arbeitslosen, soweit sie überhaupt zur Wahl gingen, der FDP die kalte Schulter zeigten und auch die CDU/CSU zu einem deutlich geringeren Anteil wählten als die übrigen Wähler. Ihre politische Vorliebe konzentrierte sich mit einer deutlichen absoluten Stimmenmehrheit auf die Sozialdemokraten, und auch die sonstigen Parteien konnten bei den Arbeitslosen einen beträchtlichen Erfolg verbuchen. Insgesamt gesehen hing das Wahlverhalten der sich an der Wahl beteiligenden Arbeitslosen weniger mit dem Urbanisierungsgrad zusammen als dasjenige der übrigen Wähler. Zwar gilt auch bei den Arbeitslosen, daß mit zunehmender Verstädterung der CDU/CSU-Anteil ab- und der SPD-Anteil zunimmt; bei den übrigen Wählern sind diese Abweichungen von den Gesamtmitteln jedoch weit deutlicher ausgeprägt.

Tabelle 6: Wahlverhalten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980:
Wahlbeteiligung und Zweitstimmenanteile laut ökologischer
Regression

		Bevölkerungsdichte (Einwohner/km ²)						Mittel
		bis 100	100 -200	200 -400	400 -1000	1000 -2000	über 2000	
arbeitslose Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung (r')	34,7	38,4	42,2	49,7	57,9	55,4	45,3
	CDU/CSU	42,1	33,9	25,8	35,6	28,0	31,0	31,9
	SPD (p')	51,6	52,5	53,7	54,5	57,8	60,3	54,9
	FDP	2,6	2,7	3,2	1,3	1,8	0,9	2,2
	Sonstige	3,9	10,9	17,2	8,6	12,4	7,8	11,0
sonstige Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung (s')	89,5	89,9	89,8	90,4	88,5	88,2	89,4
	CDU/CSU	55,1	50,4	45,6	41,0	37,9	35,2	44,7
	SPD (q')	34,6	38,6	41,6	45,4	48,5	50,2	42,7
	FDP	8,5	9,3	11,0	11,8	11,7	12,4	10,7
	Sonstige	1,8	1,8	1,8	1,8	1,9	2,3	1,9
Amtliches Wahlergebnis im Mittel der Wahl- kreise	Wahlbeteiligung	88,5	89,0	89,0	89,6	87,8	87,5	88,6
	CDU/CSU	55,0	50,3	45,5	40,9	37,8	35,1	44,6
	SPD	34,7	38,7	41,7	45,5	48,6	50,2	42,8
	FDP	8,4	9,2	10,9	11,7	11,6	12,3	10,6
	Sonstige	1,9	1,8	1,9	1,9	2,1	2,4	2,0

Angesichts der starken Abhängigkeit der Wahlbeteiligung der Arbeitslosen von der Besiedelungsdichte könnte diese Beobachtung dadurch erklärt werden, daß im kleinstädtischen und ländlichen Milieu die potentiellen Wähler von CDU und CSU unter den Arbeitslosen in besonders hohem Maße der Wahl fernblieben, so daß sich innerhalb dieser Gruppe die Mehrheitsverhältnisse bei den gültigen Stimmen umkehrten.

Die Kontexteffekte der Arbeitsmarktlage folgen weitgehend den Befunden über die Wirkungen der individuellen Betroffenheit. Der Stimmenanteil von CDU und CSU lag bei Arbeitslosen wie bei den übrigen Wählern – *ceteris paribus* – um so niedriger, je höher die Arbeitslosigkeit im Wahlkreis, wobei dieser Kontexteffekt bei den Arbeitslosen stärker ausgeprägt war. Dasselbe Muster ist bei der FDP zu beobachten. Positiv wirkte sich relativ hohe Arbeitslosigkeit im Wahlkreis auf die Stimmenanteile der SPD bei arbeitslosen und bei sonstigen Wählern aus und ebenso auf den Anteil der von Arbeitslosen für sonstige Parteien abgegebenen Stimmen. Das Abschneiden der sonstigen Parteien bei nicht arbeitslosen Wahlberechtigten war von der regionalen Arbeitsmarktlage völlig unabhängig.

Die Schlußfolgerungen dieser Aggregatdatenanalyse für die Geltung theoretischer Aussagen zum Zusammenhang zwischen ökonomischen Variablen und politischen Resultaten liegen auf der Hand. Die in Anlehnung an Downs³⁵ vorgetragene „Anti-Regierungs-Hypothese“, die als Reaktion auf Unzufriedenheit mit der ökonomischen Lage eine Stärkung der Opposition auf Kosten der Regierung vorhersagt, findet keine Bestätigung. Persönliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit ging ebenso wie relativ hohe Erwerbslosigkeit im Wahlkreis mit einer Verstärkung der Sozialdemokraten gegenüber den bürgerlichen Parteien CDU/CSU und FDP einher; das entspricht eindeutig einer „Klientelenhypothese“, wonach ökonomische Problemlagen eher zur Unterstützung derjenigen politischen Kräfte führen sollten, die als traditionelle Interessenvertretung der davon hauptsächlich betroffenen Bevölkerungsgruppen und als besonders lösungskompetent angesehen werden. Die aktuellen Diskussionen um Beschäftigungsprogramme und Eingriffe in die Leistungen der Arbeitslosenversicherung reflektieren eindeutig entsprechendes parteipolitisches Profilierungsstreben.

Daß die SPD im Sinne der „Klientelenhypothese“ auf Kosten ihres Koalitionspartners und der christdemokratischen Oppositionsparteien von den Arbeitslosen selbst und auch von den übrigen Wählern mit zunehmender regionaler Arbeitslosigkeit favorisiert wurde, ist aber nicht die einzige bemerkenswerte politische Begleiterscheinung der Arbeitsmarktlage bei der Bundestagswahl 1980. Bei den Arbeitslosen kann darüber hinaus auch ein gewisser Anti-System-Effekt beobachtet werden, der sich sehr deutlich in politischer Apathie und –weniger stark, aber doch klar ausgeprägt – in „Protestwahl“ für andere als die vier etablierten Parteien niederschlug. Nach den hier erarbeiteten Schätzungen war bei der Bundestagswahl 1980 die Wahrscheinlichkeit, daß ein Arbeitsloser zur Wahl gehen würde, nur etwa halb so hoch wie bei einem nicht arbeitslosen Wahlberechtigten. Die Wahrscheinlichkeit der

35 Anthony Downs, *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row 1957.

Stimmabgabe für NPD, DKP oder die Grünen lag andererseits bei denjenigen Arbeitslosen, die dennoch zur Wahl gingen, fast sechsmal so hoch wie bei den übrigen Wählern. Bei einer höheren Wahlbeteiligung der Arbeitslosen wäre dies höchstwahrscheinlich nicht in diesem Ausmaß der Fall gewesen. Über die politischen Vorlieben der zu Hause gebliebenen Arbeitslosen kann man natürlich aufgrund von Aggregatdaten nichts aussagen, man kann aber vermuten, daß die SPD-Anhänger und die „Protestwähler“ unter den Arbeitslosen im Oktober 1980 noch am ehesten den Weg zu den Wahlurnen gefunden haben. Die bürgerlichen Parteien jedenfalls konnten weder von Apathie noch von Protest als den zwei Komponenten der politischen Unzufriedenheit der Arbeitslosen profitieren. Beide Komponenten waren schließlich deutlich vom Kontext abhängig: Je höher die regionale Erwerbslosenquote zum Zeitpunkt der Wahl, desto stärker wich – *ceteris paribus* – die Wahlbeteiligung der Arbeitslosen und ihr Stimmenanteil für die sonstigen Parteien vom Verhalten der übrigen Wahlberechtigten ab.

Der Dauercharakter der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit verschafft der Untersuchung ihrer politischen Folgen erhebliche Bedeutung. Wegen der technischen, methodischen und juristischen Probleme von Umfragen unter Arbeitslosen kommt der Aggregatdatenanalyse dabei ein besonderer Stellenwert zu. Die Gefahr ökologischer Fehlschlüsse und die Tatsache, daß Verfahren zu ihrer Umgehung – namentlich also die hier angewandte Methode der ökologischen Regression – noch nicht den Status standardisierter und in ihren Grundlagen völlig abgeklärter Prozeduren erreicht haben, lassen es angezeigt erscheinen, die bislang mit Hilfe von Aggregatdaten für die Wahlkreise erarbeiteten Ergebnisse in verfügbaren Umfragematerialien zu überprüfen. Für diesen nachfolgenden Schritt ergeben sich aus der bisherigen Untersuchung die folgenden Hypothesen:

1. Die Wahlbeteiligung der Arbeitslosen lag bei der Bundestagswahl 1980 deutlich unter derjenigen der übrigen Wahlberechtigten und zwar besonders stark in ländlichen Gegenden und bei hoher regionaler Arbeitslosigkeit.
2. Die Wahlbeteiligung der nicht arbeitslosen Wahlberechtigten hing bei Kontrolle des Urbanisierungsgrades mit der Arbeitslosigkeit im Wahlkreis nicht zusammen.
3. Die Wahlbeteiligung der Arbeitslosen war bei Anhängern von CDU/CSU und FDP im Vergleich zu Anhängern von SPD und sonstigen Parteien besonders niedrig und zwar am deutlichsten im kleinstädtischen und ländlichen Bereich.
4. Sofern die Arbeitslosen überhaupt zur Wahl gingen, wählten sie bei der Bundestagswahl 1980 fast gar nicht FDP und deutlich weniger CDU/CSU als die übrigen Wähler. Sie stimmten mehrheitlich für die Sozialdemokraten und deutlich überdurchschnittlich für sonstige Parteien.
5. Arbeitslose stimmten um so eher für SPD und sonstige Parteien und um so weniger für CDU/CSU und FDP, je höher die Arbeitslosigkeit im Wahlkreis.
6. Nicht arbeitslose Wahlberechtigte stimmten um so eher für die SPD und um so weniger für die CDU/CSU und FDP, je höher die Arbeitslosigkeit im Wahlkreis. Ihre Stimmabgabe für sonstige Parteien wurde durch die Arbeitsmarktlage nicht beeinflusst.

7. Das Wahlverhalten der tatsächlich zur Wahl gehenden Arbeitslosen variierte weniger stark mit der Bevölkerungsdichte als das Wahlverhalten der übrigen Wähler.

3.2. *Das Wahlverhalten von Arbeitslosen und sonstigen Wahlberechtigten in Umfragedaten*

3.2.1. Vorbemerkung

Die in den bisherigen Abschnitten vorgeführten Aggregatdatenanalysen galten vorrangig der elementaren Frage der Wahlsoziologie „wer wählt wen?“ und gaben keine erschöpfende Auskunft auf die Frage nach dem „warum?“. Wenn festgestellt wurde, daß sowohl arbeitslose als auch nicht arbeitslose Wahlberechtigte sich bei verschiedenen Konstellationen des lokalen Arbeitsmarktes politisch unterschiedlich verhielten, dann dürfte dabei eine kausale Interpretation insofern zulässig sein, als zahlreiche andere relevante Bestandteile des sozialstrukturellen Kontextes explizit kontrolliert wurden, um die Gefahr der Aufdeckung von Scheinzusammenhängen zu verringern. Wenn andererseits ermittelt wurde, daß die Arbeitslosen sich politisch bei der Bundestagswahl 1980 deutlich anders entschieden als die übrigen Wahlberechtigten, dann folgt daraus noch nicht, daß sie sich anders verhielten, *weil* sie arbeitslos waren. Es ist wahrscheinlich, daß Bürger mit besonders geringer politischer Involvierung und/oder mit einer affektiven Bindung an die Sozialdemokraten etwa aufgrund ihrer beruflichen Position mit größerer Wahrscheinlichkeit arbeitslos werden, so daß dann natürlich bei den Arbeitslosen die Anteile der Nichtwähler und der SPD-Stimmen überdurchschnittlich sind. Der Grund dafür wäre dann aber nicht die individuelle Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, sondern die unterschiedliche Verteilung von Parteibindung und/oder politischer Involvierung bei sozialstrukturell abzugrenzenden Bevölkerungsgruppen mit verschiedener Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit. Es gilt mithin, bei der folgenden Analyse von Individualdaten zwei Fragestellungen zu trennen, ob nämlich einerseits die berichteten Unterschiede in den Stimmenverteilungen zumindest der Richtung nach reproduziert und ob andererseits dahinterstehende Kausalbeziehungen festgemacht werden können. Die erste Frage gilt der Validierbarkeit deskriptiver Aggregatbefunde auf der Individualebene und ist Gegenstand dieses Abschnittes. Die zweite Fragestellung wird weiter unten aufgenommen und zielt ab auf die Einbeziehung der Arbeitslosigkeit als kurzfristigem Erklärungsfaktor in Modelle der individuellen Wahlentscheidung.

Die deskriptive Frage nach dem Wahlverhalten bestimmter Wählergruppen läßt sich sicherlich mit Umfragedaten prinzipiell einfacher beantworten als mit Aggregatdaten. Man vergleiche etwa die eindeutigen Befunde über die sozialstrukturelle Verankerung der bundesdeutschen Parteien in der Wählerschaft³⁶ mit den Kontro-

³⁶ Vgl. Franz U. Pappi, *Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik*, Habilitationsschrift, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln, 1977;

versen um die Zusammensetzung der NSDAP-Wähler³⁷. Dennoch bedeutet die weite Verbreitung repräsentativer Bevölkerungsumfragen nicht für eine jede Fragestellung einen solch enormen Fortschritt. In einer repräsentativen Stichprobe der wahlberechtigten Bevölkerung mit 2000 Befragten wären kurz vor der Bundestagswahl 1980 gerade etwas mehr als 30 Arbeitslose zu erwarten gewesen – vorausgesetzt, sie hätten sich alle trotz der befürchteten sozialen Stigmatisierung wahrheitsgetreu als arbeitslos bezeichnet, was man sich kaum vorstellen kann. Solche Fallzahlen eignen sich schwerlich für sorgfältige Analysen. Andererseits ist es äußerst schwierig, Umfragen unter Arbeitslosen zu realisieren. Der betroffene Personenkreis ist permanenter und rascher Fluktuation unterworfen und auch wegen versteckter und scheinbarer Arbeitslosigkeit schwer abzugrenzen. Zentrale Karteien stehen entweder nicht zur Verfügung oder können zur Stichprobenauswahl nicht herangezogen werden. Quotenvorgaben sind wegen der Abgrenzungsschwierigkeiten nicht leicht herzuführen, und ihre Realisierung beruht letzten Endes auf der Bereitschaft der Arbeitslosen, sich selbst als solche zu erkennen zu geben.

Die nachfolgenden Analysen beruhen nicht auf einer Umfrage unter Arbeitslosen, sondern auf allgemeinen Repräsentativerhebungen. Die Problematik der zu geringen Fallzahl der Arbeitslosen wurde folgendermaßen zu vermindern versucht: Aus dem „Nationalen Sozialen Survey“ vom Januar/Februar 1980 und den zehn Befragungswellen des ZDF-Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen zwischen Januar und November 1980 wurden diejenigen identischen oder annähernd identischen Fragen isoliert, die sich auf Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Ausbildung, Konfession, Region, Wahlverhalten und Parteibindung beziehen, und in eine verbundene Datei mit insgesamt 14 941 Befragten eingebracht³⁸. Dieser Datensatz enthält immerhin 213 (1,4 Prozent) Arbeitslose. Legt man die Jahresdurchschnittszahl von 1980 der deutschen Arbeitslosen zugrunde und berücksichtigt, daß rund fünf Prozent von ihnen unter 18 Jahre alt und damit nicht wahlberechtigt waren, dann sollte eine Zufallsstichprobe von circa 15 000 wahlberechtigten Deutschen zwischen 260 und 270 gemeldete Arbeitslose umfassen. Wir müssen also davon ausgehen, daß die Interviewer systematisch zu wenige Arbeitslose erreicht haben und/oder daß bis zu etwa 20 Prozent der tatsächlich gemeldeten Arbeitslosen in den Interviews ihre Arbeitslosigkeit nicht angegeben haben, sei es, weil sie dies nicht wollten oder weil sie sich aufgrund erst kurz dauernder Erwerbslosigkeit, aufgrund von Gelegenheits- oder Schwarzarbeit nicht arbeitslos fühlten. Die Zusammensetzung der Gesamtdaten aus den einzelnen Umfragen ist in Tabelle 7 detailliert.

Fortsetzung FN 36

ders., Sozialstruktur, Gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 195–229.

37 Vgl. hierzu Jürgen W. Falter, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29. Jg. 1979, H. 28/29, S. 3–21.

38 Die Daten wurden vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln zur Verfügung gestellt (Studien-Nummer 1000 und 1053).

Tabelle 7: Arbeitslose in elf Umfragedatensätzen aus dem Jahre 1980

Umfrage	Befragte	davon Arbeitslose	
		absolut	Prozent
„Nationaler Sozialer Survey 1980“	2955	49	1,7
ZDF-Politbarometer 1980	Januar	1200	1,3
	Februar	1172	0,7
	März	1099	1,2
	April	1124	1,6
	Mai	1050	1,4
	Juni	1620	1,3
	Juli	1130	2,2
	September	1518	1,8
	Oktober	1001	1,3
	November	1072	0,7
Gesamt	14941	213	1,4

Dieser verbundene Datensatz erlaubt Aussagen über das politische Verhalten der Arbeitslosen aufgrund von halbwegs vernünftigen Fallzahlen; als Umfragedatensatz enthält er jedoch keinerlei Kontextinformationen. Um die Auswirkungen der Arbeitsmarktlage als Kontextmerkmal in den Griff zu bekommen, wurde deshalb ein weiterer Datensatz gebildet, indem für jeden Befragten der September-Umfrage des Politbarometers der Wahlkreis ermittelt wurde, der dem Stadt- bzw. Landkreis des Befragten am ehesten entspricht, und die in den vorigen Abschnitten untersuchten Aggregatdaten dieses Wahlkreises als Kontextvariablen zu den Antworten im Interview hinzugelesen wurden. Bei insgesamt 1518 Befragten erlaubt es dieser Datensatz ohne weiteres, die Kontexteffekte der Arbeitslosigkeit für die nicht arbeitslosen Wahlberechtigten zu bestimmen. Da er jedoch nur 28 Arbeitslose umfaßt, können die Folgen der regionalen Arbeitsmarktlage für das politische Verhalten der Arbeitslosen entweder gar nicht oder nur unter erheblicher Unsicherheit geschätzt werden.

3.2.2. Wahlbeteiligung

Kommen wir nun zur Überprüfung der einzelnen oben aufgeführten Hypothesen. Schon bei der ersten stößt man auf die Schwierigkeit, daß derselbe Sachverhalt in Aggregat- und Umfragedaten oft unterschiedlich gemessen werden muß. Die Wahlbeteiligung im Wahlkreis ist ein objektives und zuverlässiges Datum. Ob ein bestimmter Befragter aber seine Stimme abgeben wird, ist in Interviews sehr schwer zu erheben. Zwar wurde in der September-Welle des Politbarometers gefragt, ob der Interviewpartner an der Bundestagswahl 1980 teilzunehmen gedenke, und in den Wellen von Oktober und November, ob er dies getan habe. In den übrigen in den kombi-

nierten Datensatz einbezogenen Umfragen wurde aber – wegen der Entfernung zum Wahltermin durchaus sinnvoll – eine entsprechende Frage nicht gestellt. Überdies kann man an der Validität dieses Meßinstruments angesichts des Drucks der Partizipationsnorm zweifeln. Im September 1980 etwa gaben nur 4,3 Prozent der Befragten explizit an, daß sie nicht wählen würden.

Wie anders kann die Wahlbeteiligung in Umfragedaten ermittelt werden? Offensichtlich besteht, wann immer eine Frage nach der Wahlbeteiligungsabsicht gestellt wird, ein inniger Zusammenhang mit der Beantwortung der Wahlabsichtsfrage. Wer angibt, bestimmt zur Wahl gehen zu wollen, hat in den meisten Fällen auch eine konkrete Wahlabsicht zu nennen. Umgekehrt wird die Wahlabsichtsfrage am ehesten von denen verweigert oder nicht eindeutig beantwortet, die auch nicht eindeutig sagen können, daß sie ihre Stimme abgeben werden. Wenn man also für verschiedene Befragtengruppen die Anteile der Personen ohne Wahlabsicht für eine bestimmte politische Partei ermittelt, dann dürften diese Anteile hochgradig mit den gruppenspezifischen Nichtwähleranteilen kovariieren. Man kann argumentieren, daß es angesichts der sozialen Norm psychologisch einfacher ist zu sagen, man werde zwar wählen, könne aber (noch) nicht angeben wen, als sich zur Stimmenthaltung zu bekennen. Entsprechend gilt seit Lazarsfeld³⁹ als Standardwissen der Wahlsoziologie, daß „Unentschiedene“ besonders häufig der Wahl fernbleiben.

In Tabelle 8 sind die Anteile der Befragten ohne Wahlabsicht insgesamt, für Arbeitslose und die übrigen Wahlberechtigten und darunter getrennt für Erwerbstätige und nicht Erwerbstätige aufgeführt, und zwar insgesamt und für die drei Gemeindegrößenklassen mit 20 000 und 100 000 Einwohnern als Schnittstellen. Die erste obige Hypothese wird durch diese Ergebnisse teils bestätigt, teils in Frage gestellt. Gestützt wird die Aussage über die geringere Wahlbeteiligung der Arbeitslosen. Wir können sie zwar, wie ausgeführt, nicht direkt messen, wenn man aber den Prozentsatz der Personen ohne Wahlabsicht als adäquates Maß für das Reservoir der Nichtwähler akzeptiert, dann liegt dieses Reservoir bei den Arbeitslosen deutlich höher als bei den übrigen Wahlberechtigten und besonders bei den Erwerbstätigen als der noch zutreffenderen Vergleichsgruppe. Nicht bestätigt wird der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung der Arbeitslosen und dem Urbanisierungsgrad. Ganz im Gegenteil: Der Anteil der Arbeitslosen ohne Wahlabsicht nimmt vom kleinstädtisch-dörflichen Millieu bis zu den Großstädten zu.

Es ist allerdings fraglich, ob über die Feststellung des hochsignifikanten Unterschiedes im globalen Anteil der Personen ohne Wahlabsicht zwischen Arbeitslosen und sonstigen Wahlberechtigten hinausgehende Interpretationen ratsam sind. Würden Nichtwähleranteile und fehlende Wahlabsicht wirklich exakt proportional verlaufen, dann müßte bei dieser hohen Befragtenzahl die bekannte kurvilineare Beziehung zwischen Gemeindegröße und gesamter Wahlbeteiligung sichtbar werden. Da dies nicht der Fall ist, könnte die Entsprechung des hier verwandten Indikators zur tatsächlichen Wahlbeteiligung selbst vom Urbanisierungsgrad abhängen, etwa weil in

39 Paul F. Lazarsfeld/Bernard Berelson/Hazel Gaudet, *The People's Choice*, New York: Duell, Sloan & Pearce 1944.

**Tabelle 8: Wahlverhalten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980:
Nichtwähler- und Zweitstimmenanteile in Umfragen**

	Wahlabsicht	Gemeindegröße			Gesamt
		bis 20.000 Einw.	20.000— 100.000 Einw.	über 100.000 Einw.	
Arbeitslose	keine	18,8	21,3	25,6	22,1
	CDU/CSU	30,8	32,4	23,4	28,3
	SPD	46,2	48,6	56,3	50,6
	FDP	10,8	8,1	3,1	7,2
	Sonstige	12,2	10,9	17,2	13,9
	N	80	47	86	213
Sonstige	keine	14,6	12,4	12,9	13,9
	CDU/CSU	45,9	40,1	31,2	39,0
	SPD	42,4	47,6	53,4	47,8
	FDP	8,2	8,2	10,0	8,9
	Sonstige	3,5	4,1	5,4	4,4
	N	5699	3619	5410	14728
davon Erwerbstätige	keine	12,9	13,0	11,8	12,5
	CDU/CSU	45,0	36,8	28,6	37,3
	SPD	41,5	49,9	55,0	48,2
	FDP	9,6	8,9	10,7	9,8
	Sonstige	3,9	4,4	5,7	4,7
	N	3118	1771	2645	7534
davon nicht erwerbstätig	keine	16,7	15,4	14,0	15,3
	CDU/CSU	46,9	43,4	33,7	40,8
	SPD	43,4	45,4	51,9	47,2
	FDP	6,5	7,5	9,2	7,8
	Sonstige	3,2	3,7	5,2	4,1
	N	2581	1848	2765	7194
Gesamt	keine	14,6	14,3	13,1	14,0
	CDU/CSU	45,7	40,0	31,1	38,9
	SPD	42,4	47,7	53,4	47,8
	FDP	8,3	8,2	9,9	8,8
	Sonstige	3,6	4,1	5,5	4,5
	N	5779	3666	5496	14941

ländlichen Bereichen weniger Befragte ihre politischen Präferenzen offenlegen wollen. Weil bei den Arbeitslosen eine entsprechende systematische Zurückhaltung bei der Offenbarung der eigenen Stimmhaltung bestehen könnte, ist es auch wenig sinnvoll, den Abstand der Anteile der Personen ohne Wahlabsicht zwischen Arbeitslosen und sonstigen Wahlberechtigten unmittelbar als Maß des Unterschiedes der jeweiligen Wahlbeteiligungen aufzufassen. Die Arbeitslosen gingen 1980 deutlich weniger zur Wahl als die anderen Wahlberechtigten, soviel erscheint sicher. Ob

die unterschiedliche Wahlbeteiligung durch die ökologische Regression adäquat quantifiziert wird, läßt sich anhand der vorliegenden Umfragedaten nicht entscheiden.

Über die Auswirkungen der Arbeitsmarktlage als Kontextmerkmal auf die Wahlbeteiligung sagen die ersten beiden Hypothesen, daß sie bei den nicht arbeitslosen Wahlberechtigten nicht auftreten sollten bzw. bei den Arbeitslosen hohe regionale Arbeitslosigkeit mit noch stärkerer Wahlenthaltung einhergehen sollte. Um die Kontexteffekte zu ermitteln, steht nur der zweite Umfragedatensatz, die mit Strukturdaten der Wahlkreise angereicherte September-Welle des Politbarometers mit insgesamt 28 Arbeitslosen zur Verfügung. Unterteilt man die Befragten dieses Datensatzes danach in zwei Gruppen, ob sie in Wahlkreisen mit einer Arbeitslosenquote vom September 1980 über oder unter dem Mittelwert von rund 3,7 Prozent lebten, dann kann man für die Arbeitslosen und die sonstigen Wahlberechtigten die jeweiligen Anteile der Personen ohne Wahlabsicht und/oder ohne eindeutige Wahlbeteiligungsabsicht ermitteln. Von den 17 Arbeitslosen in Wahlkreisen mit im September 1980 unterdurchschnittlicher Arbeitslosenquote wollten 15 Personen wählen und hatten eine spezifische Wahlabsicht. Nur zwei von ihnen (11,8 Prozent) wollten keine Stimme abgeben und/oder gaben keine Wahlabsicht an. Von den elf Arbeitslosen in Wahlkreisen mit im September 1980 überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote traf dies dagegen für vier Personen (36,4 Prozent) zu. Trotz der geringen Fallzahlen ist dieser Unterschied statistisch signifikant, so daß der Befund der Aggregatdatenanalyse, daß Arbeitslose in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit besonders wenig zur Wahl gingen, unterstützt wird.

Etwas anders sieht es dagegen mit der zweiten Hypothese aus. Der Nichtwähleranteil der nicht arbeitslosen Wahlberechtigten sollte bei Kontrolle des Verstärkungsgrades von der regionalen Arbeitsmarktlage unabhängig sein. Tabelle 9 zeigt, daß dies nicht ganz zutrifft. Über alle drei Gemeindegrößenklassen hinweg liegt der Anteil der Personen ohne Wahlbeteiligungsabsicht und/oder ohne Wahlabsicht bei einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote im Wahlkreis merklich niedriger als bei einer unterdurchschnittlichen. Das bedeutet nicht unbedingt, daß die Wahlbeteiligung steigt, *weil* die Arbeitslosigkeit höher ist; hier könnte eher ein durch unterschiedliche sozialstrukturelle Zusammensetzung der Wahlkreise bedingtes Artefakt sichtbar werden. Wie dem auch sei, die bei der Schätzung von (6) der Identifizierbarkeit halber notwendig gewordene Annahme $k_6 = 0$ scheint bei dieser Modellspezifikation nicht ganz richtig zu sein. Ob dieser Fehler tatsächlich gegenstandslos wird, wenn die Sozialstruktur der Wahlkreise auch bei der Schätzung der Wahlbeteiligung explizit berücksichtigt wird, soll weiter unten untersucht werden.

Die dritte Hypothese versucht, die niedrigere Wahlbeteiligung der Arbeitslosen mit ihrer Stimmenverteilung zu verknüpfen. Sie mit den verfügbaren Umfragedaten zu untersuchen, ist schwierig, weil die erforderliche Aufteilung der Arbeitslosen nach Gemeindegröße und Parteineigung zu sehr niedrigen Fallzahlen führt. Aus diesem Grund sind in Tabelle 10 entsprechend der Hypothese Anhänger von CDU/CSU und FDP und von SPD und sonstigen Parteien jeweils zusammengefaßt. Dieser Tabelle kann man entnehmen, daß die dritte Hypothese nur sehr eingeschränkt bestätigt

Tabelle 9: Anteile der nicht arbeitslosen Wahlberechtigten ohne Wahlbeteiligungsabsicht und/oder ohne Wahlabsicht im September 1980 nach Gemeindegröße und Arbeitslosigkeit im Wahlkreis

		Gemeindegröße			Gesamt
		bis 20.000 Einw.	20.000– 100.000 Einw.	über 100.000 Einw.	
Arbeitslosenquote September 1980	unterdurchschnittlich	26,5 (76)	27,7 (57)	18,5 (53)	23,8 (186)
im Wahlkreis	überdurchschnittlich	20,5 (49)	19,5 (39)	17,0 (45)	18,9 (133)
Gesamt		23,5 (125)	23,5 (96)	17,8 (98)	21,4 (349)

Absolutzahlen in Klammern.

wird. Insgesamt gesehen liegen die Anteile der Arbeitslosen ohne Wahlabsicht bei Anhängern von CDU/CSU, SPD, FDP und sonstigen Parteien recht nahe beieinander. Nur in den Gemeinden mit unter 20 000 Einwohnern könnte das schlechte Abschneiden der bürgerlichen Parteien auch etwas mit der geringeren Wahlneigung ihrer Anhänger gegenüber Anhängern von SPD und sonstigen Parteien zu tun haben.

Neben der weitgehenden Widerlegung der dritten Hypothese liefert Tabelle 10 zwei weitere wichtige Informationen. Erstens schnitten die bürgerlichen Parteien bei den Erwerbslosen nicht wegen niedriger Wahlbeteiligung ihrer arbeitslosen Anhänger so schlecht ab, sondern weil sie selbst in Kleinstädten und Dörfern über sehr viel weniger Anhänger verfügen als die Sozialdemokraten und die sonstigen Parteien, zu denen sich insgesamt mehr als doppelt so viele Arbeitslose bekennen. Zum zweiten geht die niedrigere Wahlbeteiligung der Arbeitslosen nicht zuletzt auf den hohen Anteil der Personen ohne Parteibindung zurück. Während bei den Erwerbstätigen als der besten Vergleichsgruppe 21,6 Prozent angeben, sich keiner Partei besonders verbunden zu fühlen, sind es bei den Arbeitslosen 29,1 Prozent, also wesentlich mehr als Anhänger bürgerlicher Parteien. Mehr als die Hälfte dieses knappen Drittels der Arbeitslosen hat keine Wahlabsicht zu erkennen gegeben und – so kann man vermuten – ist der Wahl ferngeblieben. Zusammenfassend kann man also feststellen, daß nicht die geringe Wahlbeteiligung der Anhänger bürgerlicher Parteien unter den Arbeitslosen für die insgesamt niedrige Wahlbeteiligung dieser Befragtengruppe und ihre niedrigen CDU/CSU- und FDP-Stimmenanteile verantwortlich war. Vielmehr gibt es relativ nur wenige Arbeitslose mit solcher Parteineigung, dafür viele ohne jegliche Parteibindung und mit sehr geringer Wahlneigung. Inwiefern sich diese allerdings aus früheren Anhängern von CDU/CSU und FDP rekrutieren, läßt sich mit solchen Daten freilich nicht feststellen.

Tabelle 10: Arbeitslose ohne Wahlabsicht nach Parteineigung und Gemeindegröße

Parteineigung		Gemeindegröße			Gesamt
		bis 20.000 Einw.	20.000– 100.000 Einw.	über 100.000 Einw.	
CDU/CSU oder FDP	N	22	11	15	48
	Anteil an den Arbeitslosen %	27,5	23,4	17,5	22,6
	Anteil ohne Wahlabsicht %	9,1	0,0	13,3	8,3
SPD oder Sonstige	N	36	23	44	103
	Anteil an den Arbeitslosen %	45,0	48,9	51,1	48,3
	Anteil ohne Wahlabsicht %	2,8	8,7	15,9	10,6
keine	N	22	13	27	62
	Anteil an den Arbeitslosen %	27,5	27,7	31,4	29,1
	Anteil ohne Wahlabsicht %	54,5	53,8	48,1	51,6

3.2.2. Wahlverhalten

Ein Vergleich zwischen den Tabellen 6 und 8 zeigt, daß die vierte Hypothese über die parteipolitischen Präferenzen der Arbeitslosen durch die Umfragedaten weitgehend bestätigt wird. Akzeptiert man die „Sonntagsfrage“ – mit den bekannten Einschränkungen⁴⁰ – als halbwegs adäquates Meßinstrument für das Wahlverhalten, dann wird in Tabelle 8 ganz deutlich, daß die Arbeitslosen in allen Gemeindegrößenklassen mehrheitlich die SPD vor allem auf Kosten von CDU und CSU wählten, daß sonstige Parteien bei den Arbeitslosen ungleich populärer waren als bei den übrigen Wählern und in Großstädten sogar recht nahe an die Wählerschaft der Unionsparteien herankamen. Lediglich der Befund, daß die Arbeitslosen mit der FDP nichts zu tun haben wollten, wird nicht in der Schärfe der Tabelle 6 reproduziert, obwohl die FDP auch in den Umfragedaten bei den Arbeitslosen schlechter abschnitt als bei den sonstigen Wählern, ganz besonders in den großen Städten. Bei dieser Partei kehren sich interessanterweise zwischen beiden Gruppen von Wählern die Zusammenhänge mit dem Urbanisierungsgrad um. Normalerweise ist die FDP eher eine städtische Partei; bei den Arbeitslosen ist sie das ganz und gar nicht. Während dieser Befund ebenso wie der drastische Anstieg des Stimmenanteils der sonstigen Parteien bei den Erwerbslosen von den Dörfern und Kleinstädten bis hin zu den Städten über 100 000 Einwohnern der siebten Hypothese widerspricht, wonach der Urbanisierungsgrad sich auf das Wahlverhalten der Arbeitslosen weniger auswirke als auf das Wahlverhalten der übrigen Wähler, wird diese Hypothese bei

40 Elisabeth Noelle-Neumann, *Die Schweigespirale*, München: Piper 1980.

den Sozialdemokraten und den Unionsparteien eher bestätigt. Die Spannweite ihrer Stimmenanteile über die Gemeindegrößenklassen hinweg liegt bei den arbeitslosen Befragten in der Größenordnung der Tabelle 6 und niedriger als bei den nicht arbeitslosen Wählern.

Für die Überprüfung der Kontexteffekte der Arbeitslosigkeit sind wir wieder auf die Septemberumfrage des Politbarometers 1980 angewiesen, so daß erneut über die Arbeitslosen nur sehr ungewisse Aussagen getroffen werden können. Aus Tabelle 11 geht hervor, daß die aus den Koeffizienten der Tabelle 5 abgeleitete fünfte und sechste Hypothese zumindest der Richtung der Beziehungen nach in den Umfragedaten bestätigt werden. Bei den nicht arbeitslosen Wählern lagen bei überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit im Wahlkreis der SPD-Anteil höher und die Stimmenanteile von CDU/CSU und FDP niedriger als bei unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Von den 25 Arbeitslosen mit einer bestimmten Wahlabsicht wollte kein einziger FDP wählen. In den Wahlkreisen mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit gab immerhin noch ein knappes Drittel an, CDU/CSU wählen zu wollen; in Wahlkreisen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote wurden nur noch Wahlabsichten für die SPD und für sonstige Parteien festgestellt. Angesichts der geringen Fallzahlen kann natürlich von statistischer Signifikanz nicht die Rede sein, aber immerhin folgen diese Abweichungen dem bei der ökologischen Regression für die Arbeitslosenquote als Kontextfaktor ermittelten Muster.

Bevor wir nun diesen weitgehend deskriptiven Teil verlassen und übergehen zur Bewertung der Bedeutung der Arbeitslosigkeit als Individual- und als Kontextmerkmal im Rahmen komplexerer Modelle der Wahlentscheidung, mag es nützlich sein – da ja Umfragen mit einer höheren Fallzahl von Arbeitslosen nicht gerade häufig zur Verfügung stehen – die Verteilung der Arbeitslosen und der sonstigen Befragten auf einigen zentralen sozialstrukturellen und politischen Variablen miteinander zu vergleichen und sich das Wahlverhalten einiger ausgewählter Gruppen von Erwerbslosen nochmals etwas genauer anzusehen. Aus Tabelle 12 geht hervor, daß die Arbeitslosen sich unter einer Reihe von Aspekten von den übrigen Wahlberechtigten unterscheiden, wobei die Erwerbstätigen als die zutreffendste Vergleichsgruppe an-

Tabelle 11: Wahlabsicht der Arbeitslosen und der sonstigen Befragten im September 1980 nach Arbeitslosenquote im Wahlkreis

Wahlabsicht	Arbeitslose Arbeitslosenquote September 1980 im Wahlkreis		sonstige Befragte	
	unterdurchschnittlich N (%)	überdurchschnittlich N (%)	unterdurchschnittlich N (%)	überdurchschnittlich N (%)
CDU/CSU	5 (31,3)		248 (39,1)	220 (36,8)
SPD	7 (43,8)	6 (66,7)	311 (49,1)	311 (52,0)
FDP			55 (8,7)	49 (8,2)
Sonstige	4 (25,0)	3 (33,3)	20 (3,2)	18 (3,0)
N	16	9	634	598

zusehen sind. Die Arbeitslosen haben ein deutlich geringeres Bildungsniveau als die Erwerbstätigen, wobei nicht so sehr der Abiturientenanteil, sondern der Anteil der Personen mit mittlerer Reife oder vergleichbarer Ausbildung abfällt. Das Durchschnittsalter der 213 befragten Arbeitslosen liegt bei etwa 36 Jahren, das der Erwerbstätigen um 42 Jahre. In den elf Umfragen aus dem Jahre 1980 waren Arbeitslose in Großstädten über-, in Kleinstädten und Dörfern unterrepräsentiert. Der Katholikenanteil war etwas unterdurchschnittlich, dafür waren überdurchschnittlich viele Arbeitslose ohne Konfession – möglicherweise zum Teil eine Reaktion auf den Verlust des Arbeitsplatzes. Die Parteibindung wurde bereits kurz angeschnitten: Die Arbeitslosen fühlten sich ebenso stark wie die Erwerbstätigen der SPD verbunden, sie wiesen aber wesentlich weniger Bindungen an die bürgerlichen Parteien auf und bekannten sich statt dessen zu über einem Drittel zu sonstigen Parteien oder zu gar keiner Partei. Auch in einer Richtung und Intensität der Parteibindung kombinierenden Index der Parteiidentifikation⁴¹ tritt dieser Unterschied deutlich zutage.

Da die Arbeitslosen sich sozialstrukturell von den übrigen Wahlberechtigten am meisten nach Ausbildungsgrad und Alter unterscheiden, werfen wir einen Blick auf die Verteilung der Wahlabsichten bei Kreuzung dieser beiden Variablen. Um die Fallzahlen bei den Arbeitslosen nicht zu klein werden zu lassen, wird die Schulbildung dichotomisiert nach über die Hauptschule hinausführenden Abschlüssen. Die Wahlabsichten der jüngsten Arbeitslosen mit niedrigerer Ausbildung unterschieden sich am wenigsten von der nicht arbeitslosen Vergleichsgruppe (Tabelle 13). Zwar haben prozentual etwas mehr Befragte keine Wahlabsicht oder geben an, sonstige Parteien wählen zu wollen, ansonsten spiegeln aber die Gewichte der einzelnen Parteien kaum ein abweichendes Verhaltensmuster wider. Bei den Arbeitslosen über 25 Jahren und mit geringerem Bildungsgrad lassen sich jedoch eindeutig einige der zuvor in Aggregat- und Individualdaten beobachteten Zusammenhänge zwischen Wahlverhalten und Erwerbslosigkeit besonders deutlich festhalten. Diese Arbeitslosen haben wesentlich weniger Wahlabsichten als die Vergleichsgruppe und – so steht zu vermuten – eine entsprechend geringere Wahlbeteiligung. Sie stehen den bürgerlichen Parteien viel ferner als die Vergleichsgruppen und stellen, sofern sie wählen wollen, eine solide sozialdemokratische Gefolgschaft dar. Sonstige Parteien sind beliebter als in den Vergleichsgruppen, aber weniger beliebt als bei allen anderen Gruppen von Arbeitslosen. Nur bei den weniger qualifizierten Arbeitslosen über 25 Jahren fallen die Stimmen für sonstige Parteien zu gleichen Teilen auf die DKP und die Grünen, ansonsten nennen Arbeitslose nur die Grünen als Wahlabsicht, wenn sie sich nicht für CDU/CSU, SPD oder FDP entscheiden. Während sich also bei den schlechter ausgebildeten Arbeitslosen die jüngeren ziemlich „normal“ verhalten, zeigen die älteren politische Reaktionen in Form von überdurchschnittlicher

41 Da der „Nationale Soziale Survey 1980“ keine Parteiidentifikationsfrage wie die zehn Politbarometer-Umfragen enthält, mußte sie dort aus einem kombinierten Parteienskalometer rekonstruiert werden. Zu dieser Rekonstruktion vgl. Jürgen W. Falter/Hans Rattinger, Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980, in diesem Band, S. 320–421.

Tabelle 12: Verteilungen von Arbeitslosen und sonstigen Befragten auf sozialstrukturellen und politischen Variablen

		Arbeitslose	Sonstige Befragte insgesamt	davon erwerbstätig	davon nicht erwerbstätig
N		213	14728	7534	7194
Gemeinde- größe	bis 20.000 Einw.	37,6	38,7	41,4	35,9
	20–100.000 Einw.	22,1	24,6	23,5	25,7
	über 100.000 Einw.	40,4	36,7	35,1	38,4
Bildung	höchstens Hauptschule	76,8	73,2	69,5	77,0
	Mittlere Reife	13,3	16,2	19,8	12,5
	Abitur	10,0	10,6	10,7	10,5
Katholiken		39,4	44,0	43,3	44,7
Konfessions- los		12,7	5,4	6,9	3,9
Alter	18–25 Jahre	31,5	13,4	14,4	12,3
	26–40 Jahre	33,8	28,0	40,4	15,0
	41–65 Jahre	34,7	39,7	44,2	35,0
	über 65 Jahre	–	18,9	1,0	37,7
Partei- bindung	CDU/CSU	17,4	30,4	30,1	30,8
	SPD	40,8	38,4	40,4	36,4
	FDP	5,2	5,5	5,9	5,0
	Sonstige	7,5	2,0	2,0	2,0
	keine	29,1	23,6	21,6	25,6
Partei- identifika- tion	stark CDU/CSU	13,2	21,2	21,2	21,1
	schwach CDU/CSU	6,3	11,6	10,9	12,4
	unabhängig	34,4	26,0	25,0	27,0
	schwach SPD	18,0	16,0	15,6	16,5
	stark SPD	28,0	25,2	27,3	23,1

Apathie (besonders bei den 26- bis 40jährigen) und in Form von „klassenbewußter“ Anlehnung an Sozialdemokraten und DKP (besonders bei über 40jährigen).

Die Fallzahl der höher qualifizierten Arbeitslosen ist ziemlich niedrig. Über die verschiedenen Altersgruppen hinweg differenzierte Aussagen sind deshalb mit Vorsicht zu betrachten. Insgesamt kann wohl festgehalten werden, daß sich die politische Apathie der Arbeitslosen in dieser Gruppe weniger niederschlägt, ja daß sogar bei der jüngsten Altersgruppe kein Unterschied in der Wahlbeteiligung zur Vergleichsgruppe besteht. Umgekehrt scheint die höhere Gefolgschaft der Arbeitslosen für die sonstigen Parteien – das heißt hier ausschließlich für die Grünen – hochgradig auf die besser Ausgebildeten konzentriert zu sein. Rund 30 Prozent dieser Arbeitslosen gaben an, für die Grünen stimmen zu wollen. Die nochmalige Konzentration dieser Wahlabsicht in der jüngsten Altersgruppe geht eindeutig zu Lasten der SPD. Bei den Arbeitslosen mit weiterführender Ausbildung kann man mithin bei aller gebotenen Vorsicht ein drittes Muster der politischen Reaktion auf individuelle Arbeitslosig-

Tabelle 13: Wahlabsicht der Arbeitslosen und sonstigen Befragten nach Alter und Ausbildung

		Alter				
		Wahlabsicht	18–25 Jahre	26–40 Jahre	41–65 Jahre	über 65 Jahre
Arbeitslose	höchstens Hauptschule	keine	22,2	29,6	21,5	
		CDU/CSU	22,9	34,2	25,5	
		SPD	51,4	57,9	54,9	
		FDP	14,3	2,6	9,8	
		Sonstige	11,4	5,2	9,8	
		N	45	54	65	
	weiterführende Ausbildung	keine	9,1	22,2	11,1	
		CDU/CSU	20,0	35,7	50,0	
		SPD	30,0	42,9	50,0	
		FDP	5,0	–	–	
		Sonstige	45,0	21,4	–	
		N	22	18	9	
Sonstige Befragte	höchstens Hauptschule	keine	17,4	12,9	13,4	17,1
		CDU/CSU	25,9	36,7	40,9	47,6
		SPD	57,2	52,4	49,8	45,9
		FDP	9,1	8,1	7,4	5,6
		Sonstige	7,8	2,9	1,9	0,9
		N	944	2750	4751	2382
	weiterführende Ausbildung	keine	13,9	11,5	11,0	14,5
		CDU/CSU	21,0	30,4	49,9	57,6
		SPD	47,9	46,3	33,3	26,9
		FDP	11,0	13,4	13,9	13,5
		Sonstige	20,0	9,9	3,0	2,0
		N	1020	1372	1101	408

keit festhalten, das mit zunehmendem Lebensalter an Bedeutung verliert, nämlich Protestwahl gegen die etablierten Parteien zugunsten des alternativen Angebots der Grünen. Ob dahinter ein unter veränderten Umständen auch für andere und möglicherweise extremistische politische Inhalte mobilisierbares Protestpotential steht, ist hier nicht beantwortbar. Es konnte lediglich um die Darstellung gehen, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nach den bisherigen Erkenntnissen auf individueller Ebene mit drei klar unterscheidbaren Reaktionsformen einhergeht, die sich sozialstrukturell ziemlich sicher verorten lassen: innerhalb der gewohnten politischen Prozesse mit einer Stärkung der traditionellen „Arbeitnehmerpartei“, bei Entfremdung von diesen vertrauten Prozessen mit politischer Apathie oder Protestwahl.

4. Der Beitrag der Arbeitslosigkeit zur Erklärung des Wahlverhaltens

4.1. Vorbemerkung

Bislang wurde mittels Aggregat- und Individualdaten untersucht, welches die politischen Korrelate der Arbeitsmarktlage waren und ob und wie sich Arbeitslose in ihrem politischen Verhalten von anderen Wahlberechtigten unterschieden. Dabei mußte die Frage offen bleiben, ob solche Unterschiede *wegen* der individuellen Arbeitslosigkeit oder der regionalen Erwerbssituation auftraten oder ob sich in ihnen – zumindest teilweise – die Wirkungen von kausal vorgelagerten Drittvariablen niederschlugen. Im Fall der individuellen Arbeitslosigkeit könnten solche Drittvariablen die soziale Stellung der Befragten und ihre Parteineigung sein. Aus den Tabellen 10 und 12 geht hervor, daß die Arbeitslosen sich sowohl in ihrer Parteibindung als auch in ihrem sozialstrukturellen Profil von den übrigen Wahlberechtigten mehr oder weniger deutlich abheben. Im Fall der regionalen Arbeitsmarktlage als Kontextgröße könnte gelten, daß sie in beträchtlichem Umfang von anderen politisch relevanten Kontextmerkmalen abhängt, wie etwa der sektoralen Erwerbsstruktur oder der Verteilung der beruflichen Positionen.

Um zu klären, inwiefern die vorangegangenen Darstellungen dennoch eigenständige Effekte der Arbeitslosigkeit als Individual- und Kontextmerkmale auf das politische Verhalten beschreiben, ist es notwendig, die möglichen Einflüsse dieser Komplexe von Drittvariablen konstant zu halten. Gerade bei ökonomisch bedingten Erklärungsgrößen des Wahlverhaltens, die im Gegensatz etwa zu längerfristigen Parteibindungen oder Kanzlerpräferenzen im „normalen“ Kalkül der individuellen Wahlentscheidung keine zentrale Rolle spielen, ist es keine Seltenheit, daß zunächst eindrucksvolle Assoziationen mit dem politischen Resultat in sich zusammenfallen, wenn die notwendige statistische Kontrolle solcher Drittvariablen eingeführt wird⁴². Sie soll hier mittels der schrittweisen multiplen Regressionsanalyse bewerkstelligt werden, weil die geringe Fallzahl der Arbeitslosen eine weitergehende Aufspaltung in partielle Kreuztabellen verbietet und weil die schrittweise Regression sich im Vergleich mit alternativen Verfahren – wie etwa der Residuen-Regression⁴³ oder der Normal-Vote-Analyse – als einfacheres und in seinen Ergebnissen leicht interpretierbares Instrument erwiesen hat⁴⁴. Wir beginnen zunächst mit den Individual- und Kontexteffekten der Arbeitslosigkeit auf die Wahlbeteiligung und wenden uns dann diesen beiden Wirkungskomponenten für die Wahlabsicht zu.

42 Vgl. Rattinger/Puschner, *Ökonomie und Politik* (Anm. 3).

43 Vgl. Klingemann/Taylor, *Affektive Parteiorientierung* (Anm. 21).

44 Vgl. Falter/Rattinger, *Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen* (Anm. 41).

4.2. Wahlbeteiligung

4.2.1. Individualeffekte der Arbeitslosigkeit

Die Probleme der Messung der Wahlbeteiligung bzw. der Wahlbeteiligungsabsicht im Interview wurden bereits weiter oben angesprochen. Es bleibt auch hier nichts anderes übrig, als das Fehlen einer Wahlabsicht als Indikator mangelnder Wahlbeteiligungsabsicht aufzufassen. Eine entsprechende dichotomische abhängige Variable erhält den Wert 1 für alle 2090 Befragten, die in den elf Umfragen des Jahres 1980 keine Wahlabsicht artikulierten, den Wert 0 für die übrigen 12 851 Interviewpartner, die auf die „Sonntagsfrage“ antworteten, eine bestimmte Partei wählen zu wollen. Die Arbeitslosigkeit als unabhängige Variable wird zunächst durch eine dichotomische Variable mit dem Wert 1 für alle Arbeitslosen erfaßt. Dazu treten drei weitere Dummy-Variablen. Die erste erhält den Wert 1, wenn der Befragte arbeitslos und höchstens 25 Jahre alt ist, die zweite erhält den Wert 1, wenn der Befragte arbeitslos ist und mindestens den Realschul- oder einen entsprechenden Bildungsabschluß besitzt, die dritte nimmt bei Arbeitslosen den Wert 1 an, wenn sie in Gemeinden mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern, den Wert 2, wenn sie in Gemeinden mit über 100 000 Einwohnern leben.

Der soziale Hintergrund der Befragten, der vor Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit kontrolliert werden soll, wird durch 16 Dummy-Variablen erfaßt. Neun dichotomische Variablen messen die Zugehörigkeit zu den folgenden Berufsgruppen: Landwirte, sonstige Selbständige, einfache und mittlere Beamte, Beamte des gehobenen und des höheren Dienstes, einfache Angestellte, höhere Angestellte, ungelernte, Hilfs- oder Landarbeiter, Facharbeiter, schließlich in beruflicher Ausbildung befindliche Personen. Die Gemeindegröße wird bei den Schnittstellen 20 000 und 100 000 Einwohner, das Lebensalter bei 25, 40 und 65 Jahren kategorisiert. Um nichtlineare Wirkungen der Urbanisierung und des Lebensalters zuzulassen, werden diese beiden kategorialen Variablen mit drei bzw. vier Ausprägungen quadriert. Die Schulbildung der Befragten wird in eine ordinale Variable mit den Werten 0,1 und 2 mit mittlerer Reife und Abitur oder entsprechenden Abschlüssen als Schnittstellen eingebracht. Die Konfession geht in zwei dichotomische Variablen ein. Auf der ersten erhalten Katholiken den Wert 1, auf der zweiten die konfessionslosen Befragten.

Kontrolliert werden soll nicht nur die sozialstrukturelle Einbindung der Interviewpartner, sondern auch die Wirkung ihrer Parteineigung. Bei fehlender Wahlabsicht und damit vermuteter geringerer Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung liegen entsprechende Kontrollvariablen nicht ohne weiteres auf der Hand. Sie lassen sich aber aus der Überlegung ableiten, daß eine konkrete Wahlabsicht um so unwahrscheinlicher wird, je weniger man sich an eine bestimmte Partei gebunden fühlt und je stärker man das etablierte politische Angebot ablehnt. Fehlende Parteibindung ist sicher keine hinreichende Bedingung für fehlende Wahlabsicht; ein Wahlberechtigter kann seiner „Wahlpflicht“ auch ohne relativ beständige affektive Verbindung zu einer bestimmten Partei regelmäßig genügen. Andererseits ist Wahlenthaltung aber bei parteipolitisch affektiv gebundenen Wählern wesentlich weniger vorstellbar

als bei denjenigen Personen, für welche die politischen Parteien als positiv besetzte Einstellungsobjekte ausscheiden. Bei der letzteren Gruppe dürfte es dann nochmals einen Unterschied machen, ob die etablierten bundesdeutschen Parteien eher indifferent oder eher ablehnend betrachtet werden. Eine konkrete Wahlabsicht und Teilnahme an der Wahl wird man – *ceteris paribus* – am wenigsten bei solchen Wahlberechtigten erwarten, die sich an keine Partei gebunden fühlen und die vertraute Parteienlandschaft vorwiegend negativ beurteilen. Zur Kontrolle der Parteibindung im Regressionsmodell für das Fehlen einer Wahlabsicht verwenden wir mithin die von 1 (äußerst negativ) bis 11 (äußerst positiv) reichenden Skalometerwerte für CDU/CSU, SPD und FDP und eine dichotomische Variable mit dem Wert 1 bei denjenigen 3 545 Befragten, die auf die Frage nach ihrer längerdauernden Parteineigung keine bestimmte Partei nennen, sondern eine solche Bindung verneinen oder unbestimmte Antworten geben.

Die Ergebnisse der schrittweisen Regression der Dummy-Variablen für fehlende Wahlabsicht auf die Einstellungen zu den Parteien, die sozialstrukturellen Bezüge der Befragten und die Kenngrößen der individuellen Arbeitslosigkeit sind in vereinfachter Form in den jeweils ersten Spalten der Tabellen 14 und 15 wiedergegeben. Wegen einiger fehlender Angaben zu beruflicher Stellung, Bildung, Konfession und Bewertung der Parteien fallen knapp 500 Befragte bei dieser Analyse aus. Es wird ganz deutlich, daß das Fehlen einer Parteibindung und die Ablehnung der großen bundesdeutschen Parteien die wichtigsten Determinanten einer fehlenden Wahlabsicht sind. Die 13,6 Prozent durch diese vier Variablen erklärte Varianz gehen zum größten Teil (12,3 Prozent) auf das Konto fehlender Parteibindung. Regrediert man die Abwesenheit einer Wahlabsicht allein auf die Skalometerwerte für CDU/CSU, SPD und FDP, erhält man einen multiplen Determinationskoeffizienten von nur 0,021. Ablehnung der größeren Parteien und fehlende Parteibindung weisen also nur geringe Multikollinearität auf. Es ist deshalb durchaus gerechtfertigt und sinnvoll, beide Dimensionen der Einstellungen zu den politischen Parteien gleichzeitig als getrennte Prädiktoren der Wahlabsichts-Abstinenz einzubeziehen. Ihre (in den Tabellen nicht wiedergegebenen) Regressionskoeffizienten sprechen eine deutliche Sprache: Stuft ein Befragter alle drei Parteien äußerst negativ ein und erklärt er sich mit keiner politischen Partei längerfristig verbunden, dann hat er mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 50 Prozent auch keine konkrete Wahlabsicht. Vergibt ein Befragter ohne spezifische Parteineigung mittlere Skalometerwerte an alle drei Parteien, beträgt diese Wahrscheinlichkeit noch rund 37 Prozent. Kommt zu der gleichen Bewertung der Parteien noch eine längerfristige Parteibindung, so steigt die Wahrscheinlichkeit einer bestimmten Wahlabsicht auf über 90 Prozent und bewegt sich schließlich bei äußerst positiven Bewertungen mindestens einer Partei ganz in der Nähe der 100-Prozent-Marke.

Ergänzt man das Regressionsmodell in einem zweiten Schritt um die sozialstrukturellen Charakteristika der befragten Personen, dann steigt zwar der korrigierte multiple Determinationskoeffizient R^2 trotz der hohen Zahl der zusätzlich einbezogenen Variablen signifikant an, jedoch nur um einen relativ geringen Betrag. Bei der sehr hohen Fallzahl sind indessen schon recht kleine Beiträge zur Varianzreduk-

Tabelle 14: Regression der Wahlabsicht auf Parteibindung, Sozialstruktur und individuelle Arbeitslosigkeit (korrigierte multiple Determinationskoeffizienten R^2)

Regression Wahlabsicht auf	Wahlabsicht				
	keine	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Einstellungen zu den Parteien	0,136	0,616	0,475	0,128	0,070
zusätzlich Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen	0,139*	0,626*	0,490*	0,136*	0,113*
zusätzlich Arbeitslosigkeit	0,140*	0,626	0,491*	0,137*	0,114*
N	14451	12607	12607	12607	12607

*: Zuwachs der gebundenen Varianz gegenüber vorhergehendem Schritt signifikant mit $p < 0,05$.

tion statistisch signifikant. Die Koeffizienten der einzelnen sozialstrukturellen Variablen interessieren hier inhaltlich nicht, da es ja lediglich darum geht, die Möglichkeit auszuschließen, der Arbeitslosigkeit Effekte zuzuschreiben, die in Wirklichkeit auf soziale Gruppenzugehörigkeit zurückzuführen sind. Was interessiert, ist die Feststellung, daß nach Berücksichtigung der Einstellungen zu den politischen Parteien die Sozialstruktur nur noch in recht bescheidenem Umfang mit dem Vorhandensein einer Wahlabsicht zusammenhängt. Ob eine Wahlabsicht geäußert – und damit mit größerer Sicherheit zur Wahl gegangen wird – hängt in erster Linie vom Verhältnis zu den Parteien ab und im Vergleich dazu nur zweitrangig von beruflicher Position, Bildung, Alter, Konfession etc.

Bezieht man nun in einem dritten Schritt die Dummy-Variablen für Arbeitslosigkeit in das Modell ein, nimmt R^2 nochmals signifikant zu – wiederum nur um einen bescheidenen Betrag, was aber bei dem geringen Anteil der Arbeitslosen an den insgesamt Befragten gar nicht anders sein kann. Aus den Koeffizienten dieser neu einbezogenen Variablen läßt sich in Tabelle 15 die Wirkungsweise individueller Arbeitslosigkeit für verschiedene Gruppen arbeitsloser Befragter darstellen. Verzichtet man auf jede Differenzierung nach Ausbildung, Alter oder Gemeindegröße, dann liegt bei Kontrolle der Einstellung zu den Parteien und der sonstigen Gruppenmitgliedschaften die Wahrscheinlichkeit eines Arbeitslosen, keine Wahlabsicht zu haben, um 5,6 Prozent und damit signifikant höher als bei einer nicht arbeitslosen Vergleichsperson. Diese global niedrigere Tendenz einer bestimmten Wahlabsicht schlägt sich bei den Arbeitslosen unter 26 Jahren kaum und bei den Älteren mit über den Hauptschulabschluß weiterführender Ausbildung höchstens durchschnittlich nieder. Andererseits sind die Arbeitslosen über 25 Jahren mit geringer Qualifikation mit der Angabe einer Wahlabsicht besonders zurückhaltend. Trotz vorheriger Kontrolle der Einstellungen zu den Parteien und sozialer Gruppenzugehörigkeiten legen sie eine

signifikant geringere Neigung zu einer Wahlabsicht – und damit höchstwahrscheinlich auch zur Wahlbeteiligung – an den Tag als nicht arbeitslose Vergleichspersonen. Diese Besonderheit im politischen Verhalten der Arbeitslosen über 25 Jahren mit geringer Ausbildung nimmt von Dörfern oder Kleinstädten bis hin zu den Großstädten nochmals deutlich zu. Man kann mithin festhalten – immer natürlich unter der Prämisse, daß die Neigung zur Wahlbeteiligung durch das Vorhandensein einer Wahlabsicht halbwegs adäquat erfaßt wird – daß das aus Tabelle 13 abgeleitete Ergebnis, politische Apathie als Reaktion auf individuelle Arbeitslosigkeit sei auf die älteren und weniger qualifizierten Arbeitslosen konzentriert, den Versuch weitgehend unverändert übersteht, Scheinzusammenhänge durch Kontrolle von Gruppenzugehörigkeiten und von Einstellungen zu den Parteien zu eliminieren.

Bevor wir uns nun der Kontextwirkung der Arbeitsmarktlage auf die Wahlbeteiligung zuwenden, soll der naheliegende Einwand aufgegriffen werden, die hier gewählte Modellspezifikation berücksichtige nicht, daß die eigentliche politische Wirkung individueller Arbeitslosigkeit in der Einstellung zu den Parteien feststellbar sein sollte und nicht erst in der Wahlabsicht. Träfe dieser Einwand zu, dann wären eventuell vorhandene dramatische Konsequenzen der Arbeitslosigkeit gar nicht feststellbar, die sich in – *ceteris paribus* – signifikant selteneren Parteibindungen und signifikant schlechteren Skalometerwerten für CDU/CSU, SPD und FDP bei Arbeitslosen niederschlagen könnten. Gäbe es solche Konsequenzen, dann könnte ein größerer eigenständiger Effekt der individuellen Arbeitslosigkeit im dritten Regressionschritt gar nicht mehr entdeckt werden. Diesem Einwand fehlt die fakti-

Tabelle 15: Regressionskoeffizienten individueller Arbeitslosigkeit für verschiedene Gruppen von Arbeitslosen bei Regression der Wahlabsicht auf Parteibindung, Sozialstruktur und individuelle Arbeitslosigkeit

Gemeindegröße	Ausbildung	Alter	Wahlabsicht				
			keine	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
bis 20 000 Einwohner	höchstens Hauptschule	18–25 über 25	–0,001 0,064*	–0,048 –0,036	–0,126* –0,011	0,100* 0,038	0,056 0,019
	weitere Ausbildung	18–25 über 25	–0,054 0,010	–0,022 –0,010	–0,134* –0,019	–0,033 –0,095*	0,148* 0,112
20 000 bis 100 000 Einwohner	höchstens Hauptschule	18–25 über 25	0,024 0,088*	0,015 0,027	–0,150* –0,035	0,062 0,000	0,051 0,014
	weitere Ausbildung	18–25 über 25	–0,029 0,035	0,041 0,053	–0,158* –0,043	–0,071 –0,133*	0,143* 0,107*
über 100 000 Einwohner	höchstens Hauptschule	18–25 über 25	0,049 0,113*	0,078* 0,090*	–0,174* –0,059	0,023 –0,039	0,047 0,010
	weitere Ausbildung	18–25 über 25	–0,005 0,060	0,104* 0,116*	–0,182* –0,067*	–0,110 –0,172*	0,139* 0,103*

*: $p < 0,05$ (zweiseitig).

sche Basis. Regrediert man die Dummy-Variablen für fehlende Parteibindung und die drei Parteienskalometer auf die sozialen Gruppenzugehörigkeiten und in einer zweiten Stufe auf die individuelle Arbeitslosigkeit, dann erhält man in den ersten Schritten jeweils mehr oder weniger deutliche Varianzreduktionen, die individuelle Arbeitslosigkeit jedoch trägt zur statistischen Erklärung der Einstellungen zu den Parteien in keinem Fall etwas über die Gruppenbindungen hinaus bei. Arbeitslose haben zwar weniger Parteibindungen als sonstige Wahlberechtigte, dies wird aber durch ihre soziale Stellung und nicht durch ihre Erwerbslosigkeit erklärt. Der erwähnte Einwand ist damit hinfällig. Die hier gewählte Reihenfolge der Modellschätzung ist einerseits „konservativ“, andererseits verwischt sie politische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit nicht aufgrund von Multikollinearität.

4.2.2. Kontexteffekte der Arbeitsmarktlage

Für die Untersuchung der Kontexteffekte der Arbeitsmarktlage wird wieder auf die durch Wahlkreismerkmale angereicherte Septemberwelle des Politbarometers zurückgegriffen. Die abhängige Variable „fehlende Wahlabsicht“, die Einstellungen zu den Parteien und soziale Gruppenzugehörigkeit werden genauso definiert wie in den elf zusammengefaßten Umfragen des Jahres 1980. Wegen der geringen Fallzahl der Arbeitslosen wird individuelle Arbeitslosigkeit durch eine einzige dichotomische Variable erfaßt. Die Arbeitsmarktlage im Wahlkreis wird durch die gleichen drei Indikatoren gemessen wie in der Aggregatdatenanalyse, durch die Arbeitslosenquote von 1973 für strukturelle Arbeitslosigkeit, die Veränderung der Arbeitslosenquote zwischen 1973 und 1980 für konjunkturelle Arbeitslosigkeit und die Veränderung der Arbeitslosenquote zwischen September 1979 und September 1980 für die kurzfristige konjunkturelle Fluktuation. Alle drei Indikatoren werden separat für Arbeitslose und sonstige Wahlberechtigte definiert.

Bei der Analyse der Kontexteffekte stellt sich, wie bereits angedeutet, erneut ein statistisches Kontrollproblem, weil die Arbeitsmarktlage ein Produkt struktureller Gegebenheiten sein könnte, die sich auch als Kontexteinflüsse im Wahlverhalten niederschlagen. Vor der Einbeziehung der Arbeitsmarktlage werden deshalb die Strukturindikatoren der Null-Modelle aus Tabelle 2 berücksichtigt: die Anteile der Erwerbstätigen im Wahlkreis nach Stellung im Beruf (Selbständige, Beamte, Angestellte, Arbeiter) und nach Wirtschaftsbereichen (Landwirtschaft, Produktion, Handel und Verkehr), die Anteile der Katholiken und der Personen mit abgeschlossenem Abitur an der Wohnbevölkerung und die Zahl der Handwerksbetriebe je 1000 Einwohner.

Die ersten Spalten der Tabellen 16 und 17 fassen die Ergebnisse der in fünf Schritten erfolgenden Regressionsanalyse zusammen. Die ersten drei Schritte entsprechen genau den im vorherigen Abschnitt beschriebenen und erbringen im wesentlichen die gleichen Befunde: Die wichtigsten Prädiktoren fehlender Wahlabsicht sind das Fehlen einer Parteibindung und die Ablehnung der etablierten Parteien. Soziale Gruppenzugehörigkeiten verbessern die Erklärungsleistung etwas, und bei Arbeitslo-

Tabelle 16: Regression der Wahlabsicht auf Parteibindung, Sozialstruktur, individuelle Arbeitslosigkeit, Sozialstruktur des Wahlkreises und Arbeitsmarktlage im Wahlkreis (korrigierte multiple Determinationskoeffizienten R^2)

Regression der Wahlabsicht auf	Wahlabsicht				
	keine	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Einstellungen zu den Parteien	0,206	0,627	0,535	0,118	0,080
zusätzlich Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen	0,211	0,634	0,544	0,126	0,118*
zusätzlich individuelle Arbeitslosigkeit	0,214*	0,634	0,545	0,127	0,119
zusätzlich Sozialstruktur des Wahlkreises	0,218	0,634	0,545	0,127	0,127*
zusätzlich Arbeitsmarktlage des Wahlkreises	0,221*	0,635	0,548*	0,125	0,131*
N	1474	1237	1237	1237	1237

*: Zuwachs der gebundenen Varianz gegenüber vorhergehendem Schritt signifikant mit $p < 0,05$.

sen liegt der Prozentsatz der Personen ohne feste Wahlabsicht nochmals signifikant höher als bei ansonsten vergleichbaren nicht arbeitslosen Wahlberechtigten. Im vierten Schritt gehen die Strukturindikatoren der Wahlkreise in die Regressionsanalyse ein. Dabei steigt R^2 zwar an, wegen der höheren Anzahl von zusätzlichen unabhängigen Variablen und der im Vergleich zum vorigen Abschnitt geringeren Fallzahl ist diese Zunahme aber statistisch nicht signifikant. Als besonders wirkungsmächtig erweisen sich die Anteile im Wahlkreis des primären und des tertiären Sektors, der Beamten und der Personen mit Abitur. Mit den letzteren drei Variablen, die in Verwaltungs- und Universitätsstädten natürlich besonders hoch liegen, nimmt die Wahrscheinlichkeit einer konkreten Wahlabsicht ab, mit der ersteren nimmt sie signifikant zu.

Der letzte Schritt vervollständigt schließlich das Regressionsmodell um die Arbeitsmarktlage des Wahlkreises. Trotz der vorherigen Kontrolle zentraler Komponenten der regionalen Sozialstruktur steigt der multiple Determinationskoeffizient erneut signifikant an. Laut Tabelle 17 ist dies vor allem auf die kurzfristige Fluktuation der Arbeitslosenquote im Jahr vor der Wahl zurückzuführen. Je größer dieser Anstieg, desto geringer bei Arbeitslosen und bei sonstigen Befragten die Wahrschein-

lichkeit einer bestimmten Wahlabsicht und umgekehrt. Dieser Befund erscheint in einem gewissen Widerspruch zu weiter oben behandelten Annahmen und Ergebnissen. Die Annahme, die Neigung nicht arbeitsloser Wahlberechtigter, zur Wahl zu gehen, hänge mit der regionalen Arbeitsmarktlage nicht zusammen, die bei der Schätzung von Gleichung (6) notwendig wurde, ist so sicherlich nicht zutreffend. Andererseits ist der Widerspruch zwischen den Tabellen 9 und 17 nur ein scheinbarer. Auch hier zeigt sich, daß die nicht arbeitslosen Wahlberechtigten bei höherem Niveau der Arbeitslosigkeit im Wahlkreis etwas eher eine Wahlabsicht artikulieren. Dies ist jedoch nicht der wichtige, deutlich ausgeprägte und signifikante Kontexteffekt, der auch bei Kontrolle der Sozialstruktur erhalten bleibt. Er besteht vielmehr darin, daß bei einem kurzfristigen Anstieg der konjunkturrell bedingten Arbeitslosigkeit verstärkte politische Desorientierung als Reaktionsmuster nicht auf die Arbeitslosen selbst beschränkt bleibt, sondern auch die übrigen Wahlberechtigten in einem gewissen Umfang erfaßt. Die Größenordnung dieses Effektes ist beträchtlich. Hätte man zwei ansonsten identische nicht arbeitslose Befragte in zwei Wahlkreisen, die sich allein darin unterscheiden, daß zwischen September 1979 und September 1980 die Arbeitslosenquote im ersten durchschnittlich (0,4 Prozentpunkte) und im zweiten maximal (1,4 Prozentpunkte) angestiegen wäre, dann läge bei dem Interviewpartner aus dem zweiten Wahlkreis die Wahrscheinlichkeit, eine spezifische Wahlabsicht zu haben, um 9,6 Prozentpunkte niedriger als bei dem Befragten aus dem Vergleichswahlkreis. Es wäre wünschenswert zu klären, inwiefern die Furcht, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, dabei als intervenierende Variable fungiert. Entsprechende Fragen wurden jedoch nur im „Nationalen Sozialen Survey 1980“ gestellt, nicht in den Umfragen des Politbarometers.

4.3. Wahlverhalten

4.3.1. Individualeffekte der Arbeitslosigkeit

4.3.1.1. Regressionsanalyse

Die Analyse der Individual- und Kontexteffekte der Arbeitslosigkeit auf das Wahlverhalten folgt genau dem gleichen Muster wie bei der Wahlbeteiligung bzw. fehlender Wahlabsicht. Als abhängige Variablen haben wir vier Dummy-Variablen der Wahlabsichten für CDU/CSU, SPD, FDP und sonstige Parteien. Lediglich die im ersten Regressionsschritt zu berücksichtigenden Einstellungen zu den politischen Parteien müssen anders gemessen werden als in den beiden vorangehenden Abschnitten. Hier geht es nicht um das Fehlen, sondern um die Kontrolle bestimmter Parteibindungen. Für CDU/CSU und SPD wird hierzu ein kombiniertes Parteienskalometer verwandt, das durch Subtraktion der Skalometerwerte für die CDU/CSU von denjenigen für die SPD konstruiert wird und Werte zwischen -10 (CDU/CSU äußerst positiv, SPD äußerst negativ beurteilt) und +10 (CDU/CSU äußerst negativ, SPD äußerst positiv) annimmt. In den Regressionsmodellen der Wahlabsichten für die FDP

Tabelle 17: Regressionskoeffizienten der Arbeitsmarktlage im Wahlkreis für Arbeitslose und sonstige Befragte bei Regression der Wahlabsicht auf Parteibindung, Sozialstruktur, individuelle Arbeitslosigkeit, Sozialstruktur des Wahlkreises und Arbeitsmarktlage des Wahlkreises

		Wahlabsicht				
		keine	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
Arbeitslose	Arbeitslosenquote 1973	-0,042	-0,001	-0,071	-0,040	0,043
	Veränderung der Arbeitslosenquote 1973–1980	-0,020	-0,059	0,133	0,057	-0,070
	Veränderung der Arbeitslosenquote September 1979–September 1980	0,413*	0,103	-0,455*	0,029	0,305*
sonstige Befragte	Arbeitslosenquote 1973	-0,006	-0,028	-0,001	0,007	0,009
	Veränderung der Arbeitslosenquote 1973–1980	-0,005	-0,015	0,008	0,002	0,007
	Veränderung der Arbeitslosenquote September 1979–September 1980	0,096*	0,025	-0,067*	0,034	0,027*

*: $p < 0,05$ (zweiseitig).

und für sonstige Parteien werden die Einstellungen zu den politischen Parteien durch die Parteienskalometer für CDU/CSU, SPD und FDP erfaßt, weil einerseits positive Bewertungen der FDP in die gleiche Richtung gehende Wahlabsichten in der Regel nur zu einem recht geringen Prozentsatz erklären und weil andererseits eine Wahlabsicht für sonstige Parteien öfter auf starker Ablehnung der etablierten Parteien beruht als auf einer genuinen längerfristigen affektiven Bindung an sonstige Parteien, was ja zum Beispiel bei den Grünen aufgrund ihrer erst kurzen Geschichte gar nicht anders denkbar ist. Während CDU/CSU und SPD die Gegenpole des Parteiensystems mit relativ stark „versäulten“ Klientelen darstellen, verfügen FDP und sonstige Parteien nur über vergleichsweise bescheidene Stammwähleranteile auf der Grundlage beständiger, von den konkreten Umständen einer bestimmten Wahl ziemlich unabhängiger affektiver Parteiidentifikationen. Unter dem Aspekt der „Wählerrationalität“⁴⁵ sind diese Parteien mit fallspezifisch durch Sachfragen und/oder Persönlichkeitsentscheidungen motivierten Anhängerschaften gegenüber den

45 Hans Rattinger, Empirische Wahlforschung auf der Suche nach dem rationalen Wähler, in: *Zeitschrift für Politik*, 27. Jg. 1980, H. 1, S. 44–58.

großen Protagonisten vielleicht in der Vorhand, was das parlamentarische Überleben angeht, sind sie es bestimmt nicht. Im hier gewählten Regressionsansatz muß sich die geringere Absicherung von Wahlabsichten für FDP und sonstige Parteien durch entsprechende Parteibindungen darin niederschlagen, daß im ersten Regressionschritt wesentlich geringere Varianzanteile gebunden werden als bei CDU/CSU und SPD.

Dies ist in der Tat mit großer Deutlichkeit der Fall (Tabelle 14). Während die Varianz in den dichotomischen Wahlabsichts-Variablen bei der CDU/CSU und der SPD allein durch das kombinierte Parteienskalometer zu über 60 bzw. knapp 50 Prozent gebunden wird, erklären die drei Parteienskalometer zusammen bei der FDP und den sonstigen Parteien gerade etwas über bzw. unter 10 Prozent der Varianz in den Wahlabsichten. Hinzufügung der Zugehörigkeit zu verschiedenen sozialen Gruppen führt in allen vier Fällen zu einem signifikanten Anstieg der Erklärungsleistung, wobei wir uns erneut mit der Darstellung der damit verbundenen inhaltlichen Erkenntnisse nicht aufhalten, weil sie erstens hier nicht zum Thema gehören und zweitens vorwiegend wohlbekannt sind. Daß Arbeiter, Katholiken oder Personen mit Abitur jeweils mit höherer Wahrscheinlichkeit für SPD, CDU/CSU oder FDP stimmen, ist nichts Neues. Solche Zusammenhänge gilt es aber zu berücksichtigen, bevor man die individuelle Arbeitslosigkeit in die Modelle einführt. Tut man dies auf dieselbe Art und Weise wie bei der Wahlbeteiligung, erhält man mit Ausnahme der CDU/CSU erneut signifikante zusätzliche Erklärungsleistungen und die in Tabelle 15 wiedergegebenen Regressionskoeffizienten für verschiedene Gruppen von Arbeitslosen. Daß die gebundene Varianz bei SPD, FDP und sonstigen Parteien nur um rund ein Zehntel eines Prozentpunktes zunimmt, ist angesichts des geringen Anteils der arbeitslosen Befragten nicht weiter verwunderlich. Einen viel größeren Varianzanteil der gesamten Wahlabsichten kann man mit einer solch seltenen Eigenschaft gar nicht erklären. Die Koeffizienten der Tabelle 15 vermitteln eine differenzierte Übersicht über die gegenüber Drittvariablen bereinigten politischen Auswirkungen individueller Arbeitslosigkeit, die sich in mancher Hinsicht von den Ergebnissen des dritten Teils unterscheidet, wo es lediglich um die Frage ging, wie die Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980 wählten.

Dort war – ebenso wie als Fazit der ökologischen Regression – festgehalten worden, daß sich die Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980 deutlich weniger als die übrigen Wahlberechtigten für die bürgerlichen Parteien und dafür um so mehr für die Sozialdemokraten und besonders für die sonstigen Parteien entschieden. Bei vorheriger Kontrolle von Parteibindung und sozialer Gruppenzugehörigkeit sieht dieses Bild etwas anders aus. Die CDU/CSU war tatsächlich *nicht* der Hauptleidtragende eines besonderen Wahlverhaltens der Arbeitslosen. Aufgrund der Parteibindungen und des sozialen Hintergrundes dieser Personengruppe hatten die Unionsparteien bei ihnen ohnehin einen sehr schweren Stand – auch ohne individuelle Arbeitslosigkeit. Diese trug insgesamt allenfalls zu einem geringfügig besseren Abschneiden von CDU und CSU bei. Dahinter stehen stark nach dem Verstärkungsgrad differenzierte Beziehungen. In Dörfern und Kleinstädten wählten Arbeitslose die Unionsparteien eher weniger als nicht arbeitslose Vergleichspersonen, in Großstädten war der

entgegengesetzte Zusammenhang statistisch signifikant. Die Arbeitslosen wählten also bei der Bundestagswahl 1980 in der Tat sehr viel weniger CDU/CSU als die übrigen Wahlberechtigten, angesichts ihrer sozialstrukturellen Einbindung und ihrer Parteisympathien aber eher sogar noch ungewöhnlich häufig.

Bei der FDP bleibt der Befund, daß sie bei den Arbeitslosen relativ schlecht abgeschnitten habe, trotz Kontrolle von Sozialstruktur und Parteineigung erhalten. Allerdings ergibt sich ein deutlicher Strukturbruch nach der Ausbildung der Befragten. Die Arbeitslosen mit geringer Ausbildung haben vor allem in kleinen Gemeinden mehr FDP gewählt als das aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ihrer Parteibindung zu erwarten war. Die besser qualifizierten Arbeitslosen dagegen haben sich entgegen aller Erwartung sehr stark von der FDP abgewandt. Insgesamt ergibt sich damit als Gesamteffekt, daß die Wahrscheinlichkeit einer FDP-Wahlabsicht bei einem beliebigen Arbeitslosen um 1,4 Prozentpunkte niedriger lag als bei einem vergleichbaren nicht arbeitslosen Wahlberechtigten.

Bedeutet dies nun, daß die politischen Effekte individueller Arbeitslosigkeit bei der Bundestagswahl 1980 bei vorheriger Berücksichtigung von unterschiedlichen Parteibindungen und Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Gruppierungen verschwindend gering waren – wenige Prozent mehr für die Unionsparteien und weniger für die FDP? Ein Blick auf Tabelle 15 zeigt, daß sich die auffälligen und eindeutigen Stimmenverschiebungen bei den Sozialdemokraten und den sonstigen Parteien ereigneten. Aus den Tabellen 8 und 13 könnte man den Eindruck ableiten, die SPD hätte bei den Arbeitslosen eigentlich ganz gut abgeschnitten, weit besser jedenfalls als bei den übrigen Wahlberechtigten. Dies ist sicher richtig, doch sie hätte bei gegebenen Parteibindungen und sozialen Verankerungen der Arbeitslosen noch viel besser abschneiden müssen, denn unter den Arbeitslosen ist die traditionelle Klientel der SPD stark überrepräsentiert. Die Sozialdemokraten blieben aber über alle Gruppen von Arbeitslosen hinweg deutlich unter ihren Erwartungswerten, im Mittel um 7,4 Prozentpunkte. Diese Tendenz verstärkte sich von den kleineren Ortschaften zu den Großstädten und war bei Arbeitslosen unter 25 Jahren wesentlich ausgeprägter als bei älteren Arbeitslosen. Was sich in Tabelle 13 wie eine besonders „klassenbewußte“ Anlehnung der älteren und weniger qualifizierten Arbeitslosen an die traditionelle Arbeitnehmerpartei ausnimmt, erweist sich bei Kontrolle von Parteineigung und sozialstruktureller Einbindung lediglich als Abschwächung der allgemeinen Abwanderungstendenz der Arbeitslosen von der SPD.

Den deutlichen Stimmeneinbußen der SPD bei den Arbeitslosen entsprechen vor allem Gewinne der sonstigen Parteien gegenüber den Erwartungswerten. Die Wahrscheinlichkeit eines Arbeitslosen, für eine andere Partei als CDU/CSU, SPD oder FDP zu stimmen, lag – *ceteris paribus* – um fünf Prozentpunkte höher als diejenige eines nicht arbeitslosen Wahlberechtigten. Diese Abwendung der Arbeitslosen von den etablierten Parteien der Bundesrepublik vollzog sich in Stadt und Land ziemlich einförmig, aber bei den Arbeitslosen unter 26 Jahren stärker als bei den älteren und bei den höher qualifizierten wesentlich ausgeprägter als bei den Arbeitslosen mit höchstens Hauptschulabschluß. Die besser ausgebildeten jungen Arbeitslosen waren also diejenige Gruppe, die sich am deutlichsten mit einer gegenüber der aus Partei-

bindung und sozialem Hintergrund errechneten Erwartung um rund 14 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit an die sonstigen Parteien anlehnte.

Die Ergebnisse der schrittweisen Regressionsanalyse zu den Auswirkungen individueller Arbeitslosigkeit auf das politische Verhalten zusammenfassend kann man sagen, daß bei Kontrolle der Parteibindung und der sozialen Gruppenzugehörigkeit nur eine einzige im dritten Teil der Arbeit getroffene Aussage umgestoßen werden muß. Die Stimmabgabe für CDU/CSU und SPD hängt sehr stark von der affektiven Parteineigung ab. Kontrolliert man diese Beziehung, so kann nicht mehr davon die Rede sein, daß Arbeitslose die Unionsparteien unterdurchschnittlich wählen und daß vor allem die älteren Arbeitslosen überdurchschnittlich zur SPD tendieren. CDU und CSU schneiden bei gegebenen Drittvariablen bei den Arbeitslosen eigentlich ganz „normal“ ab, in den Großstädten sogar erstaunlich gut; andererseits laufen die älteren Arbeitslosen der SPD nur nicht in demselben Ausmaß weg, wie das bei den jüngeren und besser ausgebildeten der Fall ist. Das Fehlen einer Wahlabsicht und die Intention, eine andere Partei als CDU/CSU oder SPD zu wählen, stehen andererseits in einem viel schwächeren Zusammenhang mit sozialen Hintergrundvariablen oder Einstellungen zu den Parteien. Deshalb bleiben die im dritten Teil getroffenen Feststellungen über politische Apathie und Protestwahl bei bestimmten Gruppen von Arbeitslosen bei Kontrolle dieser Drittvariablen weitgehend unverändert bestehen.

4.3.1.2. „Normal-Vote“-Analyse

Bevor wir abschließend auf die Kontextwirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Wahlverhalten zu sprechen kommen, sollen die soeben beschriebenen Zusammenhänge noch mittels des Instruments der „Normal-Vote“-Analyse⁴⁶ graphisch illustriert werden. Das Verfahren selbst und seine Anpassung an deutsche Verhältnisse werden an anderer Stelle in Anwendung auf die Bundestagswahl 1980 ausführlich erläutert⁴⁷.

Sehr vereinfacht geht es bei der „Normal-Vote“-Analyse darum, innerhalb der einzelnen Ausprägungen einer kategorialen Variablen die aufgrund der Verteilung der Parteiidentifikationen und der Assoziationen zwischen Parteiidentifikation und Wahlverhalten in der Vergangenheit erwarteten Stimmenverteilungen zu errechnen und sie den tatsächlichen gegenüberzustellen. Die Schwankungsbreite der aufgrund der Parteiidentifikation erwarteten Werte gibt an, in welchem Umfang die Parteiidentifikation die Verteilung auf die einzelnen Kategorien bestimmt oder aber – bei eher sozialstrukturellen als attitudinalen Variablen – wie sehr die Parteiidentifikation und die jeweilige kategoriale Variable aufgrund gemeinsamer Determinierung durch längerfristig stabile soziale Gruppenzugehörigkeiten kovariieren. Die

46 Philip E. Converse, The Concept of a Normal Vote, in: Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *Elections and the Political Order*, New York: Wiley 1966, S. 9–39.

47 Vgl. Falter/Rattinger, Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen (Anm. 41).

Entfernung der beobachteten von den erwarteten Stimmenverteilungen zeigt an, wie stark das Wahlverhalten bei Kontrolle der Parteibindung von der jeweiligen kategorialen Variablen abhängt. Die von Boyd⁴⁸ entwickelten und von Falter und Rattinger⁴⁹ teilweise modifizierten Effektkoeffizienten L und S^* versuchen, genau diese Klärung zu leisten, inwiefern die Gesamtabweichungen T der beobachteten Wahlabsichten zwischen einzelnen Kategorien von den im Mittel erwarteten auf unterschiedliche Verteilungen der Parteiidentifikation in den einzelnen Kategorien (L) und auf eigenständige, unabhängige Effekte der jeweiligen kategorialen Variablen (S^*) zurückgehen. Die „Normal-Vote“-Analyse hat zweifellos Vorzüge und Nachteile. Zu den Nachteilen gehört hier, daß nur die Parteibindung, nicht aber gleichzeitig auch die sozialstrukturelle Gruppenzugehörigkeit der Befragten kontrolliert wird, daß die Wirkung der Arbeitslosigkeit nur auf die Stimmenverteilungen, nicht aber auf die Wahlbeteiligung dargestellt werden kann und daß den in Abbildung 1 berichteten Effektkoeffizienten eine etablierte wahrscheinlichkeitstheoretische Basis fehlt und sie deshalb nicht im Sinne einer quantitativen Varianzdekomposition analog zu den Tabellen 14 und 16 interpretiert werden können. Andererseits liegt der große Vorzug der „Normal-Vote“-Analyse in der Übersichtlichkeit und Verständlichkeit ihrer graphischen Repräsentation.

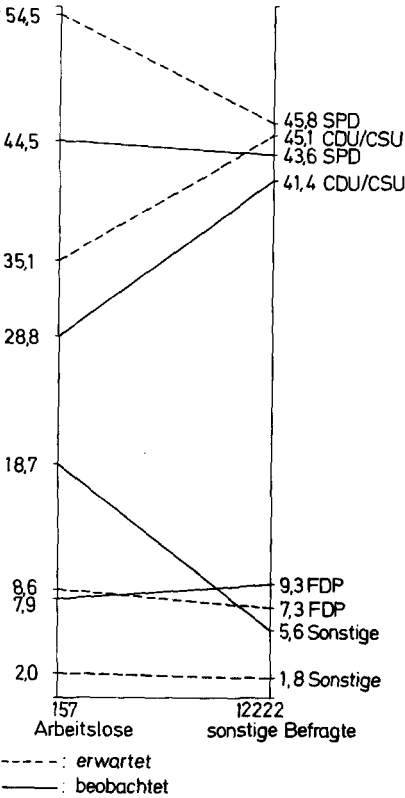
In Abbildung 1 sind aufgrund der Verteilungen der Parteiidentifikation erwartete und beobachtete Wahlabsichten für CDU/CSU, SPD, FDP und sonstige Parteien bei denjenigen Befragten wiedergegeben, die sowohl eine Parteibindung als auch eine Wahlabsicht artikuliert hatten. Ihre Diskrepanzen vermitteln einen klaren Eindruck der parteipolitischen Effekte der Arbeitslosigkeit. Die Bindungen der Arbeitslosen an die FDP und an sonstige Parteien unterscheiden sich kaum von denjenigen der übrigen Wahlberechtigten. Die CDU/CSU jedoch hat unter den Arbeitslosen weit weniger, die SPD wesentlich mehr Anhänger als unter den sonstigen Wahlberechtigten. Angesichts der sehr ungleichen Fallzahlen erreichen die Langzeitkoeffizienten L mit 0,3 bzw. 0,2 sehr beträchtliche Werte. Während man aufgrund der Parteiidentifikationen bei den nicht arbeitslosen Wahlberechtigten für CDU/CSU und SPD etwa gleiche Stimmenanteile erwartet, sollte die SPD bei den Arbeitslosen einen Stimmentvorsprung von fast 20 Prozentpunkten haben.

Die beobachteten Wahlabsichten für die FDP unterscheiden sich kaum von den erwarteten. Bei den Arbeitslosen erhält sie etwas weniger Stimmen als erwartet, bei den übrigen Befragten etwas mehr; für einen von Null verschiedenen Kurzzeitkoeffizienten S^* reichen diese geringfügigen Abweichungen jedoch nicht aus. Auch die beobachteten Stimmenanteile der CDU/CSU folgen weitgehend dem erwarteten Muster. Bei den Arbeitslosen ist der Abstand zwischen beobachteten und erwarteten Werten etwas größer als bei den übrigen Wahlberechtigten; der Kurzzeitkoeffizient S^* von 0,1 signalisiert, daß die Unionsparteien von den Arbeitslosen etwas weniger gewählt wurden als das aufgrund der Parteiidentifikationen zu erwarten war.

48 Richard W. Boyd, *Popular Control of Public Policy*, in: *American Political Science Review*, 66. Jg. 1972, H. 2, S. 429–449.

49 Falter/Rattinger, *Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen* (Anm. 41).

Schaubild 1: Normal-Vote-Analyse individueller Arbeitslosigkeit



Normal-Vote-Effektkoeffizienten nach Boyd (1972) und Falter und Rattinger (1982)

	L	S*	T
CDU/CSU	0,3	0,1	3,9
SPD	0,2	0,2	2,5
FDP	0,0	0,0	2,0
Sonstige	0,0	0,2	4,3

Der Widerspruch zu Tabelle 15 dürfte wohl darauf zurückgehen, daß dort neben der Parteibindung auch die sozialstrukturelle Gruppenzugehörigkeit der Befragten kontrolliert wurde, was in der „Normal-Vote“-Analyse nicht ohne weiteres möglich ist.

Der wichtigste Befund des vorhergehenden Abschnittes, die deutlichste politische Auswirkung individueller Arbeitslosigkeit sei im Abschneiden der Sozialdemokraten und der sonstigen Parteien anzutreffen, wird jedoch voll bestätigt. Alle Befragten gaben weniger Wahlabsichten für die SPD an, als das aufgrund der Parteidentifikationen zu erwarten war. Während diese Diskrepanz bei den sonstigen Wahlberechtigten aber nur rund zwei Prozentpunkte beträgt, sind es bei den Arbeitslosen rund zehn Prozent. Aufgrund der Parteidentifikationen hätte die SPD bei den Arbeitslosen eine deutliche absolute Stimmenmehrheit erhalten sollen. Sie wählten zwar immer noch mehrheitlich SPD, aber rund ein Fünftel der potentiellen SPD-Wähler unter den Arbeitslosen wurde seiner Parteibindung untreu. Hochgerechnet auf die Gesamtzahl der arbeitslosen Wahlberechtigten und unter Berücksichtigung ihrer niedrigeren Wahlbeteiligung bedeutet dies etwa 30 000 bis 40 000 für die So-

zialdemokraten verlorene Stimmen. Mindestens den gleichen Zugewinn konnten die sonstigen Parteien, besonders die Grünen, unter den Arbeitslosen verbuchen. Alle Befragten nannten bei der „Sonntagsfrage“ weit häufiger sonstige Parteien als ihre Präferenz als aufgrund der Parteiidentifikationen zu erwarten gewesen wäre. Dies hängt sicher auch mit dem hypothetischen Charakter der Wahlabsichtsfrage zusammen. Bei den nicht arbeitslosen Befragten beträgt der Abstand zwischen erwartetem und beobachtetem Stimmenanteil der sonstigen Parteien jedoch nur knapp vier, bei den Arbeitslosen fast 17 Prozentpunkte! Damit bestätigt die „Normal-Vote“-Analyse weitgehend die schrittweise Regressionsanalyse: Die bürgerlichen Parteien schnitten bei der Bundestagswahl 1980 bei den Arbeitslosen etwa so ab, wie man es unter Berücksichtigung ihrer Parteineigungen erwarten durfte. Von den Sozialdemokraten, denen eigentlich mit großer Mehrheit ihre Sympathie gilt, wandte sich ein beträchtlicher Prozentsatz der Arbeitslosen ab. Von diesem politischen Protest konnten nicht die bürgerlichen Parteien profitieren, sondern die außerhalb des etablierten Parteiensystems stehenden Gruppierungen.

4.3.2. Kontexteffekte der Arbeitsmarktlage

Wenn wir jetzt nochmals zur schrittweisen multiplen Regressionsanalyse des Wahlverhaltens zurückkehren, dann ist lediglich noch der Kontexteffekt der Arbeitslosigkeit zu beschreiben. Alle dabei verwandten Variablen wurden in vorangehenden Abschnitten bereits vorgestellt, so daß sofort zur Auswertung übergegangen werden kann.

Der Tabelle 16 entnimmt man, daß nach vorheriger Berücksichtigung der Einstellungen zu den Parteien, der individuellen Zugehörigkeit zu verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen und der individuellen Arbeitslosigkeit die soziale Struktur der Wahlkreise für die Wahlabsicht für CDU/CSU, SPD und FDP unbedeutend ist, ein Ergebnis, das sich mit anderen Studien⁵⁰ deckt, denen zufolge etwa Konfession und soziale Schichtung in der Bundesrepublik fast ausschließlich als Individual- und kaum als Kontextmerkmale politische Wirkungen entfalten. Nur die Wahlabsicht für sonstige Parteien hängt zu einem gewissen Maß auch mit der Struktur der Wahlkreise zusammen: Sie ist — *ceteris paribus* — wahrscheinlicher bei höheren Beamten- und/oder Abiturientenanteilen und unwahrscheinlicher bei höheren Arbeiter- und/oder Katholikenanteilen.

Wahlabsichten für die bürgerlichen Parteien hängen auch nicht signifikant mit der Arbeitsmarktlage im Wahlkreis zusammen. Bei Einbeziehung der entsprechenden Indikatoren steigt der multiple Determinationskoeffizient für die Unionsparteien wohl geringfügig an, für die FDP nimmt er sogar ab. Im Gegensatz dazu werden die Wahlabsichten für die Sozialdemokraten und die sonstigen Parteien auch durch die Arbeitsmarktlage im Wahlkreis signifikant beeinflusst, und zwar in gleicher Richtung sowohl bei den Arbeitslosen selbst als auch bei den übrigen Wahlberechtigten. Eben-

50 Vgl. Pappi, *Sozialstruktur und politische Konflikte* (Anm. 36).

so wie bei der als Indikator der Wahlbeteiligung verwandten fehlenden Wahlabsicht ist auch hier die Veränderung der Arbeitslosenquote im Jahr vor der Bundestagswahl die entscheidende Komponente. Sie wirkt sich gleichgerichtet mit dem Effekt individueller Arbeitslosigkeit aus: je stärker der Anstieg der Arbeitslosenquote im Wahlkreis in den zwölf Monaten vor der Wahl, desto wahrscheinlicher eine Wahlabsicht für die sonstigen Parteien und desto unwahrscheinlicher eine Wahlabsicht für die SPD.

Die in Tabelle 17 wiedergegebenen Koeffizienten der verschiedenen Dimensionen der Arbeitsmarktlage im Wahlkreis zeigen dreierlei mit großer Klarheit: Zum ersten ist es unnötig, die politischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit als Kontextmerkmal nach einzelnen Bestandteilen und für arbeitslose bzw. nicht arbeitslose Wahlberechtigte zu differenzieren. Gleichartige signifikante Kontexteffekte haben bei allen Befragten allein die kurzfristigen Fluktuationen der Arbeitslosenquote. Zum zweiten erweist sich erneut die Bedeutung der Kontrolle der Parteibindung und sozialstruktureller Randbedingungen, denn ohne diese Vorsichtsmaßnahme ergaben sich im dritten Teil etwas andersartige Schlußfolgerungen über die Folgen der Bedingungen des regionalen Arbeitsmarkts für die Verteilung der Wahlabsichten. Drittens schließlich können wir abschließend bei adäquater Berücksichtigung von politischen und sozialstrukturellen Drittvariablen eine weitgehende Parallelität von politischen Individual- und Kontexteffekten der Arbeitslosigkeit feststellen: Desorientierung, Wahlenthaltung und größere Stimmenverlagerungen von den Sozialdemokraten zu den sonstigen Parteien gehen mit Erwerbslosigkeit einher, handle es sich um persönliche Betroffenheit oder um eine Erscheinung des sozioökonomischen Umfeldes.

5. Schlußfolgerungen

Die Ergebnisse der hier vorgeführten empirischen Untersuchungen verdienen es, unter einer Reihe von methodologischen und inhaltlichen Gesichtspunkten weiter reflektiert und erforscht zu werden. Einige hierfür zentrale Ansatzpunkte und Problembereiche zu benennen, ist das Anliegen dieser knappen abschließenden Bemerkungen.

Wohl in keinem anderen Bereich der Wahlsoziologie stehen Analysen auf der Makro- und der Mikroebene so unverbunden und in ihren Ergebnissen so widersprüchlich nebeneinander wie bei der Erforschung der ökonomischen Determinanten politischer Resultate. Dies muß als intellektuelle Herausforderung begriffen werden – nicht nur wegen des Lustgewinns bei der Auflösung von Rätseln, sondern auch wegen der bedeutenden Veränderungen der nationalen und weltweiten ökonomischen Randbedingungen. Das Wirtschaftswunder ist vorüber; die Bundesrepublik muß sich, wie andere politische Systeme auch, als „Allwetterdemokratie“ bewähren. Mit dem vorliegenden Beitrag sollte diese Herausforderung in bescheidenem Umfang angenommen werden.

Allerdings muß man sich dabei dessen bewußt werden, daß die verschiedenen Forschungstraditionen zu seiner Thematik so weit auseinanderliegen, daß bereits die Feststellung eindeutiger Widersprüche Schwierigkeiten bereitet. Wenn aus Zeitreihenanalysen aggregierter monatlicher Regierungspopularität gefolgert wird, sie hänge von Inflationsrate und/oder Arbeitslosenquote ab – ergo hätten ökonomische Variablen politische Konsequenzen, wenn eine Umfragestudie im Querschnitt andererseits ergibt, die Bewertung der ökonomischen Issue-Kompetenz reflektiere die Parteibindung und sei ohne eigenständigen Einfluß auf die Wahlabsicht – ergo hätten ökonomische Variablen keine politischen Konsequenzen, dann passen die verallgemeinernden Schlußfolgerungen natürlich schlecht zusammen, ein logischer Gegensatz zwischen den beiden empirischen Befunden besteht aber keineswegs.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine Untersuchung, welche beide Analyseebenen miteinander kombinieren soll, so anzulegen, daß die verschiedenen Resultate miteinander in Konflikt geraten können. Ein solcher Versuch wurde hier durch die Auswertung der politischen Korrelate der regionalen Verteilung der Arbeitslosigkeit bei der Bundestagswahl 1980 unternommen. Die im zweiten Teil vorggeführten Beziehungen zwischen verschiedenen Komponenten der Arbeitslosigkeit und den Wahlergebnissen in den Wahlkreisen können entweder Scheinzusammenhänge oder politische Individual- und/oder Kontexteffekte der Arbeitslosigkeit widerspiegeln. Wäre ersteres der Fall gewesen, hätten wir einen klaren Widerspruch aufgedeckt; einer gemessenen Aggregatkorrelation hätte keine Individualkorrelation entsprochen. Der Befund sieht aber anders aus. Auf der Ebene der Wahlkreise liegen Wahlbeteiligung, CDU/CSU- und FDP-Stimmenanteile um so niedriger und die Stimmenanteile von SPD und sonstigen Parteien um so höher, je ausgeprägter verschiedene Dimensionen der Arbeitslosigkeit sind. Dahinter stehen Individual- und Kontexteffekte der Arbeitslosigkeit: Arbeitslose gingen bei der Bundestagswahl 1980 seltener zur Wahl und sie stimmten weniger für die bürgerlichen Parteien und eher für „Sonstige“ als die übrigen Wahlberechtigten. Die politischen Auswirkungen der Arbeitsmarktlage im Wahlkreis als Kontextgröße gingen bei allen Wahlberechtigten in die gleichen Richtungen. Daraus folgt, daß im vorliegenden Fall der Schluß von Aggregatkorrelationen auf Individualkorrelationen zumindest den Vorzeichen nach zulässig ist. Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung korrelieren auf Wahlkreisebene negativ, weil Arbeitslose sich weniger an der Wahl beteiligen und weil die allgemeine Wahlneigung mit steigender Arbeitslosigkeit im Wahlkreis abnimmt etc. Ökologische Fehlschlüsse spielen hier keine verfälschende Rolle.

Neben diesem Vergleich von Individual- und Aggregatkorrelationen zielt dieser Beitrag auch auf die Problematisierung der empirischen Bestimmung der politischen Individualkorrelationen der Arbeitslosigkeit ab. Modifiziert man das Verfahren der ökologischen Regression dergestalt, daß die Parameter der grundlegenden Modelle selbst als Variablen spezifiziert werden, dann lassen sich mit seiner Hilfe Aussagen über das politische Verhalten der Arbeitslosen ableiten, die durch Umfragedaten – wiederum zumindest der Richtung nach – eindeutig validiert werden können. Dieses Ergebnis könnte (und sollte) dazu Anlaß geben, entsprechende Varianten der ökologischen Regression von ihren methodologischen Grundlagen her aufzuar-

beiten und besonders dort in der Forschungspraxis anzuwenden, wo vergleichbare Validierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Profitieren würden davon vor allem Beiträge zur historischen Sozialforschung, die auf aggregiertes Material zurückgreifen müssen und über Validierungskriterien nicht verfügen. Für die vorliegende Studie ergibt sich aus der Parallelität der Befunde der ökologischen Regression und der Auswertung von Umfragedaten eine konsistente Argumentationskette über die politischen Begleiterscheinungen der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik: Den Zusammenhängen auf Wahlkreisebene entsprechen mittels der ökologischen Regression ermittelte Individualzusammenhänge, die sich recht ähnlich auch in Repräsentativbefragungen feststellen lassen. Führen drei verschiedene Methoden zu so ähnlichen Erkenntnissen, dann kann man kaum daran zweifeln, daß das Wahlverhalten der Arbeitslosen und die Wirkungsweise der Arbeitslosigkeit als Kontextmerkmal hier tatsächlich halbwegs adäquat beschrieben worden ist.

Halbwegs adäquate Deskription des Wahlverhaltens einer bestimmten Gruppe ist relevant, zumal wenn man in dieser Hinsicht über diese Gruppe noch nicht viel weiß. Relevant ist aber auch die Frage nach dem kausalen Einfluß dieser Gruppenzugehörigkeit auf das Wahlverhalten. Hierzu erhalten wir Ergebnisse, welche der Deskription des gruppenspezifischen Wahlverhaltens teilweise widersprechen. Auch bei Kontrolle der Parteibindungen bleiben die Befunde bestehen, daß Arbeitslose relativ selten zur Wahl gehen und relativ häufig sonstige Parteien wählen, bezüglich des Abschneidens der etablierten Parteien jedoch müssen einige Aussagen relativiert werden. Bei der Bundestagswahl 1980 stimmten die Arbeitslosen zwar weniger für CDU/CSU und FDP und mehr für die SPD als die übrigen Wahlberechtigten; angesichts ihrer Parteineigungen waren mehr bürgerliche Stimmen aber gar nicht zu erwarten, gleichzeitig hätte der Stimmenanteil der SPD bei den Arbeitslosen deutlich höher ausfallen müssen. In Wirklichkeit führte die Beschäftigungssituation mithin nicht – wie es die Deskription des gruppenspezifischen Wahlverhaltens nahelegt – zu Wählerwanderungen von den bürgerlichen Parteien zu Sozialdemokraten und „Sonstigen“, sondern zur Stärkung der letzteren auf Kosten der SPD. Diese Einsicht bestärkt letzten Endes Skepsis gegenüber der Aggregatdatenanalyse, selbst wenn sie – wie hier versucht – zur Ermittlung des politischen Verhaltens bestimmter Bevölkerungsteile eingesetzt wird und nicht beim Bericht über Aggregatkorrelationen stehen bleibt. Das Dilemma wird offensichtlich, daß Aggregatdaten im besten und glücklichsten Fall zwar zur Beantwortung der Frage „Wer wählt wen?“ beitragen können, nicht aber die Abschätzung der kausalen Erklärungsleistung bestimmter Gruppenzugehörigkeiten erlauben, wenn diese von multikollinearen Drittvariablen überlagert werden, die – wie etwa die affektive Parteineigung – auf der Aggregatebene nicht adäquat kontrolliert werden können.

Dieses Dilemma wirkt sich schließlich auch auf die Gegenüberstellung von Datenanalyse und Theorie aus. Welche empirischen Befunde sind mit den vorliegenden theoretischen Aussagen zu den politischen Auswirkungen von ökonomischen Variablen zu kontrastieren, diejenigen zur Beschreibung des Wahlverhaltens der Arbeitslosen oder diejenigen zur Bedeutung der Arbeitslosigkeit in Modellen der individuellen Wahlentscheidung? Im ersten Fall erfährt die „Klientelenhypothese“ eine

Bestätigung, im zweiten Fall die „Anti-Regierungs-Hypothese“ der ökonomischen Theorie der Politik. Selbst wenn man sich in Anbetracht des Anliegens, nur gegenüber der Parteibindung bereinigte „Nettoeffekte“ der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, für die zweite Interpretation entscheidet, verdeutlicht die hier vollzogene Abfolge von empirischen Analysen doch gravierende und teilweise gleichartige Defekte in der Formulierung beider Hypothesen. Während die „Klientelhypothese“ von der Existenz gruppenspezifischer Parteibindungen ausgeht, sind solche längerfristig stabilen Parteiorientierungen in der „Anti-Regierungs-Hypothese“ nicht vorgesehen. Es ist hier aber deutlich geworden, daß diese Hypothese erst dann empirisch abgestützt werden kann, wenn entsprechende Attitüdenbündel berücksichtigt werden.

Beide Hypothesen vernachlässigen Wahlenthaltung und „Protestwahl“ für andere als die wichtigste(n) Oppositionspartei(en) als politische Reaktionsformen auf Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung, sei sie ökonomisch oder anderweitig bestimmt. Insofern wird die „Anti-Regierungs-Hypothese“ durch die Ergebnisse des vorangehenden Abschnittes nur zur Hälfte bestätigt. In ihrer klassischen Formulierung sagt sie bei hinreichend starker Unzufriedenheit mit der Regierung die Abwanderung früherer Regierungswähler zur Opposition voraus. Abwanderung von der SPD ist bei einem Teil der Arbeitslosen in der Tat zu beobachten – aber nicht zu den etablierten Oppositionsparteien CDU und CSU, sondern in die Wahlenthaltung und zu den sonstigen Parteien. Zwei Beschränkungen der ökonomischen Theorie der Politik werden hier deutlich, nämlich einerseits auf ein striktes Zweiparteiensystem und auf eine unnötig verengte Rationalitätskonzeption. In der Situation der Bundesrepublik gibt es für einen arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Anhänger der SPD plausiblere und „rationalere“ politische Reaktionsweisen als eine Stimmabgabe für die Unionsparteien, nämlich Entzug der Unterstützung für die SPD ohne direkte Stärkung der Union. Stimmenthaltung oder Wahl der „Sonstigen“ sind solche „Denkzettel“, welche die Arbeitslosen in beträchtlichem Umfang ausgeteilt zu haben scheinen. Wenn derartige Verhaltensweisen empirisch eindeutig identifizierbar, aber in der vorhandenen Theorie nicht vorgesehen sind, dann ist es an der Zeit, die Theorie entsprechend einzurichten.

Wenn die Zeichen der Zeit nicht trügen, wird es bei der Bundestagswahl 1983 mehr als dreimal so viele Arbeitslose geben wie bei der letzten Wahl. Die Chance der Replikation der vorstehenden Untersuchung mit höheren Fallzahlen und nach einer noch längeren Dauer hoher Erwerbslosigkeit ist angesichts des Schicksals der Betroffenen nicht begehrenswert, aber sie wird sich wohl einstellen. Allerdings wird sie an den meisten der hier aufgezeigten Grundprobleme der empirischen Analyse der politischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit nicht viel ändern. Aggregatdatenstudien werden uns hoffentlich wieder deskriptiven Aufschluß über das politische Verhalten der Arbeitslosen geben, aber für die Beurteilung der Gewichtung zwischen verschiedenen Ursachen dieses Verhaltens wird man wieder auf Individualdaten angewiesen sein. Wenn nicht rechtzeitig die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für geeignete Befragungen von Arbeitslosen geschaffen werden können – so problematisch sie methodologisch auch sein mögen – werden erneut

nur allgemeine Repräsentativumfragen zur Verfügung stehen. Diese Datenlage schränkt die Forschungsmöglichkeiten stark ein. In diesem Beitrag wurde ansatzweise bei der Aufgliederung der Erwerbslosen nach Alter und Ausbildung deutlich, daß Arbeitslosigkeit nicht gleich Arbeitslosigkeit ist. Individuelle Arbeitslosigkeit müßte viel feiner differenziert werden können, etwa nach Dauer, Geschlecht, Branchenzugehörigkeit, ehemaliger Stellung im Beruf, Struktur des Familieneinkommens, regionaler Wirtschaftsstruktur etc. Nur dann wäre es möglich, die globale Eigenschaft der Arbeitslosigkeit in verschiedene Milieus zu zerlegen und die zu ihnen gehörigen politischen Einstellungswelten zu erfassen, die zumindest zum Teil zwischen der Tatsache, arbeitslos zu sein, und bestimmten politischen Reaktionsformen intervenieren. Die vorliegenden Befragungen bei Arbeitslosen in der Bundesrepublik stammen aus Jahren, als die Krise des Arbeitsmarktes sich noch nicht als eine derartig massen- und dauerhafte Erscheinung erwiesen hatte; überdies thematisieren sie vorrangig die soziale und psychische Situation der Betroffenen. Wenn es auch in der Zukunft unterlassen wird, die politischen Wahrnehmungen, Bewertungen und Verhaltensweisen der Arbeitslosen systematisch zu erfassen und zu analysieren, wird man sehr weit über die hier vorgeführte und zugegebenermaßen begrenzte Differenzierung und Absicherung der Analyse nicht hinauskommen. Die Frage muß beantwortet werden, ob man sich einen derartigen Erkenntnisverzicht in einem Land leisten kann, dessen erste Demokratie vor 50 Jahren nicht zuletzt an anhaltender Massenarbeitslosigkeit gescheitert ist.

Literatur

- Bahn Müller, Reinhard, Arbeitslose als politisches Konfliktpotential?, in: Ali Wacker (Hrsg.), *Vom Schock zum Fatalismus?*, Frankfurt a. M.: Campus 1978, S. 107–133.
- Boyd, Richard W., Popular Control of Public Policy: A Normal Vote Analysis of the 1968 Election, in: *American Political Science Review*, 66. Jg. 1972, H. 2, S. 429–449.
- Converse, Philip E., The Concept of a Normal Vote, in: Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *Elections and the Political Order*, New York: Wiley 1966, S. 9–39.
- Cramer, Ulrich, Strukturelle Arbeitslosigkeit, in: Thomas Kutsch/Günter Wiswede (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit I*, Königstein: Hain 1978, S. 15–57.
- Downs, Anthony, *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row 1957.
- Duncan, Otis D./Beverly Davis, An Alternative to Ecological Correlation, in: *American Sociological Review*, 18. Jg. 1953, H. 4, S. 665–666.
- Falter, Jürgen W., Wer Verhalt der NSDAP zum Sieg: Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und soziologischen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924–1933, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29. Jg. 1979, H. 28/29, S. 3–21.
- Falter, Jürgen W./Hans Rattinger, Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse, im vorliegenden Band.
- Freiburghaus, Dieter, *Dynamik der Arbeitslosigkeit: Umschlagprozeß und Dauerverteilung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik 1966–1977*, Meisenheim: Hain 1978.
- Frey, Bruno S./Irmann Garbers, Der Einfluß wirtschaftlicher Variabler auf die Popularität der Regierung – ein empirische Analyse, in: *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik*, 186. Jg. 1972, S. 281–295.
- Goodman, Leo A., Some Alternatives to Ecological Correlation, in: *American Journal of Sociology*, 64. Jg. 1959, H. 4, S. 610–625.

- Hardes, Heinz-Dieter, Zur Problematik struktureller Arbeitslosigkeit: Theoretische Analyse, in: Bernhard Külp/Heinz-Dieter Haas (Hrsg.), *Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft*, Berlin: Duncker & Humblot 1977, S. 73–110.
- Heinemann, Klaus/Peter Röhrig/Rolf Stadié, *Arbeitslose Frauen im Spannungsfeld von Erwerbstätigkeit und Hausfrauenrolle*, Bd. 1: *Analysen*, Melle: Knoth 1980.
- Hentschel, Ulrich, Politische Einstellungen von Arbeitslosen, in: Ali Wacker (Hrsg.), *Vom Schock zum Fatalismus?*, Frankfurt a. M.: Campus 1978, S. 92–106.
- Jahoda, Marie/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel, *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Leipzig: Hirzel 1933.
- Jung, Helmut, Ökonomische Einstellungen und das Wahlverhalten auf dem Hintergrund sozialstruktureller Variablen: Ein Zeitvergleich zwischen 1973 und 1976, in: Dieter Oberndörfer (Hrsg.), *Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot 1978, S. 391–464.
- Kaase, Max, Determinanten des Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1969, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 11. Jg. 1970, H. 1, S. 46–110.
- Kaltefleiter, Werner, *Wirtschaft und Politik in Deutschland: Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*, Köln: Westdeutscher Verlag 1966.
- Kaltefleiter, Werner, *Vorspiel zum Wechsel: Eine Analyse der Bundestagswahl 1976*, Berlin: Duncker & Humblot 1977.
- Kirchgässner, Gebhard, *Rationales Wahlverhalten und optimales Regierungsverhalten* (Dissertation, Universität Konstanz), Konstanz 1976.
- Kirchgässner, Gebhard, Wirtschaftslage und Wahlverhalten: Eine empirische Studie für die Bundesrepublik Deutschland von 1971 bis 1976, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 510–536.
- Klingemann, Hans-Dieter/Charles L. Taylor, Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 301–347.
- Krieger, Hubert/Rüdiger Pintar, Strukturelle Arbeitslosigkeit, in: Thomas Kutsch/Günter Wiswede (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit I*, Königstein: Hain 1978, S. 58–81.
- Kutsch, Thomas/Günter Wiswede (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit I: Sozialstrukturelle Probleme*, Königstein: Hain 1978.
- Kutsch, Thomas/Günter Wiswede (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit II: Psychosoziale Belastungen*, Königstein: Hain 1978.
- Lavies, Ralf-Rainer, *Nichtwählen als Kategorie des Wahlverhaltens*, Düsseldorf: Droste 1973.
- Lazarsfeld, Paul F./Bernard Berelson/Hazel Gaudet, *The People's Choice: How the Voter Makes Up His Mind in a Presidential Campaign*, New York: Duell, Sloan & Pearce 1944.
- Lewin, Leif/Bo Jansson/Dag Sörbon, *The Swedish Electorate 1887–1968*, Stockholm: Almqvist & Wiksell 1972.
- Maneval, Helmut, Probleme der Erfassung struktureller Arbeitslosigkeit, in: Bernhard Külp/Heinz-Dieter Haas (Hrsg.), *Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft*, Berlin: Duncker & Humblot 1977, S. 111–129.
- Miller, William L., New Methods for Ecological Analyses, in: *European Journal of Political Research*, 1. Jg. 1973, H. 2, S. 293–298.
- Noelle-Neumann, Elisabeth, *Die Schweigespirale: Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*, München: Piper 1980.
- Pappi, Franz Urban, Aggregatdatenanalyse, in: Jürgen van Koolwijk/Maria Wicken-Mayser (Hrsg.), *Techniken der empirischen Sozialforschung*, Bd. 7: *Datenanalyse*, München: Oldenbourg 1977, S. 78–110.
- Pappi, Franz Urban, *Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik: Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung* (Habilitationsschrift, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln), 1977.
- Pappi, Franz Urban, Sozialstruktur, Gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 195–229.
- Pintar, Rüdiger, Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, in: Thomas Kutsch/Günter Wiswede (Hrsg.), *Arbeitslosigkeit II*, Königstein: Hain 1978, S. 14–95.
- Rattinger, Hans, Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1976, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 20. Jg. 1979, H. 1, S. 51–70.
- Rattinger, Hans, *Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot 1980.

- Rattinger, Hans, Empirische Wahlforschung auf der Suche nach dem rationalen Wähler, in: *Zeitschrift für Politik*, 27. Jg. 1980, H. 1, S. 44–58.
- Rattinger, Hans, Unemployment and the 1976 Election in Germany: Some Findings at the Aggregate and the Individual Level of Analysis, in: Douglas A. Hibbs/Heino Fassbender (Hrsg.), *Contemporary Political Economy*, Amsterdam: North-Holland 1981, S. 121–135.
- Rattinger, Hans/Jürgen W. Falter, *Normal Vote Analysis: A Methodological Appraisal of Its Merits and Limits* (Manuskript, November 1981).
- Rattinger, Hans/Walter Puschner, Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik: Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1953–1980, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 22. Jg. 1981, H. 3, S. 264–286.
- Robinson, W. S., Ecological Correlations and the Behavior of Individuals, in: *American Sociological Review*, 15. Jg. 1950, H. 3, S. 351–357.
- Roth, Dieter, Ökonomische Situation und Wahlverhalten: Das Beispiel Arbeitslosigkeit, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 18. Jg. 1977, H. 2/3, S. 537–550.
- Schmid, Günther, *Strukturierte Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik*, Königstein: Athenäum 1980.
- Wacker, Ali, (Hrsg.), *Vom Schock zum Fatalismus? Soziale und psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit*, Frankfurt a. M.: Campus 1978.
- Wernicke, Immo H., *Die Bedingungen politischer Partizipation: Eine international vergleichende Kontext- und Aggregatdatenanalyse für Großbritannien, Norwegen, Deutschland (BRD) und Frankreich*, Meisenheim: Hain 1976.